

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Baur, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. P. P. & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 9. — Fernsprechnummer 1111 bis 1115. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag. Seite 110. — Bezugspreis: Monatlich 2,00 Mark, halbjährlich 10,00 Mark, einjährig 18,00 Mark. Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig.

Anzeigenpreise: Die 10-spaltige 27 Millimeter breite Nonparelletze 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 12 Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreispaltige 20 Millimeter breite Mellemetze 10 Pf., auswärts 15 Pf., Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Plakatschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 123 Magdeburg.

Nr. 35.

Magdeburg, Donnerstag den 11. Februar 1926.

37. Jahrgang.

Angeflagter Mussolini.

Eisbeutel gegen Cäsarenwahn.

Der römische Cäsaren-Imitator Mussolini hat wegen seiner Brandrede gegen Deutschland am Dienstag im Reichstag eine Abfuhr erhalten, wie wohl noch nie ein auswärtiger Staatsmann. Selbst seine bisherigen dicksten Freunde und Verehrer, die Bölkischen, haben gegen den größtenwahn-sinnigen Narren von Rom scharf Stellung genommen, ja, ihr Delgöge von gestern hätte nach der Meinung der Bölkischen eine noch viel derbere Abreibung, vor allem durch den Reichsaußenminister Stresemann, beziehen müssen.

Die Bölkischen Deutschlands sind Fleisch vom Fleische Mussolinis, Geist von seinem Angeiste, befeelt von der Unmoral eines Mussolini. Daher kapieren sie es nicht, wie ein Mensch moralisch erledigt sein kann. Unter „erledigt“ verstehen sie nur einen, der einen Dolch zwischen den Rippen zu sitzen hat. Blut muß fließen — und sei es nur aus der Nase. Das ist Faschistenart, ist deutschbölkische Art, und darum bedauert die bölkische Presse heute, daß es bei der moralischen Erledigung Mussolinis durch den Deutschen Reichstag nicht derber zugegangen ist.

Mussolini hat bekommen, was er notwendig hatte: Eisbeutel gegen seinen Cäsarenwahn; Ubführungen, die, wenn sie nicht mehr helfen sollten, nur die Unheilbarkeit seines kranken Hirns beweisen würden.

Mussolini ist nicht nur der Ministerpräsident, er verkörpert in sich, wie die Dinge liegen, die gesamte Staatsmacht Italiens und er spricht, wenn auch

nicht im Auftrage des italienischen Volkes,

so doch zum wenigsten nach seiner eignen Auffassung in dessen Namen. Infolgedessen hielt es der Reichstag für angebracht, daß nicht nur der deutsche Außenminister antwortete, sondern alle Parteien des deutschen Reichstags die unerhörten Angriffe gebührend zurückwiesen, und der Präsident des deutschen Parlaments in einigen abschließenden Sätzen zusammenfaßte, was an Unwillen und Widerwillen in den Ausführungen der Vertreter der einzelnen Fraktionen zum Ausdruck gekommen war.

Den Anstoß zu dieser Debatte hat äußerlich gesehen eine Rede gegeben, die der bayerische Ministerpräsident Geld über die Bedrückung der Deutschen in Südtirol gehalten hat, und auf die Mussolini erwiderte. Reichsaußenminister Stresemann, und scharfer als er der sozialdemokratische Abgeordnete Friedrich Stampfer, haben auf die Unmöglichkeit hingewiesen, daß die Minister von Einzelstaaten sich in amtlichen Ansprachen in die Angelegenheiten der Außenpolitik mischen und so die Reichsregierung in eine überaus mißliche Situation bringen. Auch in Bayern sollte man endlich die Reichsverfassung, nach der die Beziehungen Deutschlands zu den ausländischen Staaten

ausschließliche Angelegenheit des Reiches

sind, lesen und beherzigen. Wenn jeder Staat und jeder Minister es für sein Recht erachtet, ohne vorherige Fühlungnahme mit den zuständigen Stellen seine mehr oder weniger unmaßgebliche Meinung über internationale Probleme auszusprechen, dann ist eine einheitliche Politik überhaupt nicht mehr möglich.

Sachlich war ja in diesem Falle gegen die Darlegungen des Herrn Geld in München nichts einzuwenden. Ueber den faschistischen Terror gegen die deutschen Stammesangehörigen in Südtirol herrscht nur eine Meinung. Aber was gesagt werden muß, hat die Reichsregierung zu sagen, und es ist gut, daß die deutlichen Worte, mit denen am Dienstag dem italienischen Diktator gebietet wurde, in Berlin und nicht in der Hauptstadt Bayerns gesprochen worden sind.

Sie waren um so wirksamer, als Mussolinis Rede die Debatte sozusagen auf eine breitere Basis gestellt hatte. Er hat sich nicht auf die Verkündung der faschistischen Auffassungen über das Schicksal von Südtirol beschränkt, sondern seine giftigen Pfeile ganz allgemein gegen das Deutschland gerichtet und mit seinen blöden Wigen über die deutsche Kultur kriegerische Drohungen verbunden.

Friedrich Stampfer, der sozialdemokratische Redner, hat sich das große Verdienst erworben, eine

Abrechnung mit dem Faschismus

vorzunehmen. Seine prächtige Rede ist im Reichstagsbericht, der in der Beilage zu finden ist, nachzulesen. Die Reden und Handlungen, die der „verrückt gewordene Sozialist“ Mussolini gegen die Deutschen verübt, sind ja nur ein Ausschnitt aus seiner allgemeinen Politik. So wie der Faschismus die Südtiroler behandelt, so behandelt er alle Teile des italienischen Volkes, die sich ihm nicht beugen, nicht zuletzt die Arbeiterklasse. Wir haben ihn zu be-

kämpfen, nicht nur wegen seines fanatischen und engstirnigen Chauvinismus gegenüber einer deutschen Minorität, nicht nur wegen der Gehässigkeit, die er gegenüber dem deutschen Volke an den Tag legt, sondern im Namen der politischen Freiheit und aller Menschheitsideale.

Vielleicht werden sich nun die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien noch weiter verschärfen. Das würden wir bedauern, aber wir müßten es in den Kauf nehmen. Denn es geht nicht an, daß man Narren solange ungehindert mit dem Feuer spielen läßt, bis wieder ein großer Brand der europäischen Kultur den Garaus zu machen droht. Dabei haben wir das tröstliche und unsre Stellungnahme doppelt rechtfertigende Bewußtsein, daß Mussolini nicht das italienische Volk ist. Diesem italienischen Volke sprechen wir in derselben Stunde, in der wir uns gegen die größtenwahn-sinnigen Gesten seines Beherrschers zur Wehr setzen, unsre herzlichste Sympathie aus. Es wird unsrer moralischen Unterstützung in jedem Momente sicher sein, wo es das Joch, das auf ihm lastet, abzuwälzen und damit eine europäische Gefahr zu beseitigen versucht.

Erregung in Tirol.

In der Dienstagssitzung des Tiroler Landtags gab der Landeshauptmann eine Erklärung ab, die sich auf die Verhältnisse in Südtirol und die letzte Rede des italienischen Ministerpräsidenten bezog. Landeshauptmann Doktor Stumpf erklärte:

„Eine tiefgehende Erregung geht durch das ganze Tirol. Schon seit geraumer Zeit hören wir Verunsicherungen und Bedrohungen, die durch den Staatsvertrag von Saint-Germain uns aufoktrozierten Grenzen noch weiter zu unjern Ungunsten zu verschieben. Die Lage hat sich nunmehr insofern verändert, als jetzt der Chef der Regierung des benachbarten Italiens selbst mit einer keinen Zweifel lassenden Deutlichkeit die Verschiebung der Grenzen nach Norden als im Bereich der Möglichkeit gelegen erklärt. Angesichts dieser offenkundigen Erklärung ist es unmöglich, in Zukunft ruhig zuzusehen und die Hände in den Schößen zu legen. Ich werde als Landeshauptmann von Tirol in pflichtgemäßer Wahrung der Rechte des Landes an die Bundesregierung als den nach der Verfassung berufenen Faktor mit der Aufforderung herantreten, ungehäumt zu prüfen, ob nunmehr nicht die Voraussetzungen dafür gegeben sind, die Frage dem Völkerbund vorzulegen, dessen Mitglieder Oesterreich und Italien sind. Sollte diese Prüfung ein positives Ergebnis haben, dann rechne ich zuversichtlich darauf, daß unsre Bundesregierung in dem eben angedeuteten Sinne die weiteren Schritte unternehmen wird.“

Der Landtag stimmte dieser Erklärung des Landeshauptmanns einmütig zu.

Die Hilfe für Kurzarbeiter.

Die Reichsregierung hat sich entschlossen, die Regelung der Kurzarbeiterfrage nicht in Form eines Gesetzes, sondern durch eine Verordnung vorzunehmen. Die Verordnung hat das Kabinett bereits passiert und wird Ende dieser Woche in Kraft treten.

Bei der Darlegung des Regierungsprogramms hat Reichskanzler Luther mit besonderem Nachdruck auf die Lösung des Kurzarbeiterproblems hingewiesen. Hauptsächlich entäuert nun die Regierung nach ihren starken Worten die Kurzarbeiter nicht. Was bis jetzt über den Inhalt der Verordnung verlautet, kann nicht befriedigen. Die Unterstützung der Kurzarbeiter soll nicht nach einer der von früher her vorgesehenen komplizierten Berechnungsarten erfolgen, sondern es wird grundsätzlich für die arbeitslose Zeit Erwerblosentlohnung gezahlt. Aber nicht ohne weiteres, sondern mit verschiedenen Einschränkungen. Man will die Kurzarbeiterunterstützung erst vom dritten Tage ab eintreten und vom fünften Tage an wieder fallen lassen, weil dann zweckmäßiger regelrechte Erwerblosenunterstützung Platz greife. Ebenso will man einen sehr scharfen Unterschied in der Höhe der Unterstützung für ledige und verheiratete Kurzarbeiter eintreten lassen.

Demgegenüber hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags zur Verbesserung der Kurzarbeiterunterstützung drei Forderungen gestellt: 1. Es darf nur eine Karenzzeit von höchstens einem Tage festgesetzt werden; jeder darüber hinausgehende Tag muß nach den Sätzen der Erwerblosenunterstützung berechnet werden. 2. In den Fällen, wo die Kurzarbeit nicht einen ganzen Tag umfaßt, muß die Stundenzahl der Kurzarbeit in Arbeitstagen zu-

jammengesetzt und dann nach den Sätzen der Erwerblosenunterstützung behandelt werden. 3. Es darf kein Unterschied zwischen dem ledigen und verheirateten Kurzarbeiter gemacht werden.

Gegenüber der vorgesehenen Wiederaufkraftsetzung der Unterstützung bei längerer Kurzarbeit muß man im Auge behalten, daß die Arbeiter aus begrifflichen Gründen nicht gern freiwillig von der Kurzarbeit zur Arbeitslosigkeit hinüberwechseln; keiner will die Verbindung mit seiner Arbeitsstelle verlieren. Die geplante Schlechterstellung des ledigen Kurzarbeiters, bei der natürlich das Reichsfinanzministerium im Spiele ist, wäre eine sehr kurzfristige Maßnahme, die sich in der Praxis bitter rächen muß. Uebertriebene Sparsamkeit treibt ledige und jugendliche Erwerblose und Kurzarbeiter oft aus Verzweiflung auf die Bahn des Verbrechens. Was also auf der einen Seite gespart wird, muß dann auf der andern doppelt und dreifach ausgegeben werden.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ kamen im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags am Dienstag die Anträge zur Kurzarbeiterunterstützung zur Beratung. Nachdem sich die Vertreter der Regierung gegen die Anträge ausgesprochen hatten, die ihnen zu weit gingen, wurde ein Unter-ausschuß eingesetzt, der gleich darauf seine Beratungen aufnahm. Hier kam eine Einigung aller Parteien dahin zustande, daß vorgeschlagen werden soll, die Kurzarbeiterunterstützung wöchentlich für den 3., 4. und 5. Tag der Arbeitsruhe zu zahlen, die von der Regierung beabsichtigte Differenzierung zwischen ledigen und verheirateten fallen zu lassen und die Frage zu prüfen, ob in Betrieben, bei denen die Kurzarbeit nach Tagen nicht zu berechnen ist, eine stundenweise Umrechnung erfolgen kann, wobei die besonderen Arbeitsverhältnisse der Angestellten berücksichtigt werden sollen.

Eine entsprechende Verordnung wird von der Regierung erlassen werden.

Eine Schlappe der Reaktion.

Von dem früheren mecklenburgischen Ministerpräsidenten Johannes Stellung (Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes) erhalten vier folgenden Artikel über die jüngsten Wahlen in Mecklenburg:

Zwei Jahre lang hat die Reaktion in Mecklenburg ihr Zepher geführt. Der Rückschlag mußte kommen, nachdem immer mehr in die Erscheinung trat, daß die Landbundesregierung Brandenstein in entsprechend der Gesplogenenheiten der Vorkriegszeit die Bestehenden entlastete und dafür die Kreise der schaffenden Stände scharfer als bisher zu Steuer- und sonstigen Leistungen heranzog. Und sobald das Bestreben der maßgebenden Kreise deutlich wurde, wieder zu den Zuständen des „gnädigen Herrn“ zurückzukehren, mußte es auch in Mecklenburg-Schwerin tagen.

Die Wahlen zum Reichstag am 7. Dezember 1924 und die Reichspräsidentenwahlen ließen ein zwar nur langsames, aber sicheres Wiederaufsteigen der Sozialdemokratie erkennen. Die Landbundesregierung versuchte trotzdem noch einmal, alles auf eine Karte zu setzen und sich jener unlieb-jamen Amtshauptleute zu entledigen, die als Sozialdemokraten und Demokraten in ihren Ämtern die Interessen des Volkes wirksam vertraten. Gestützt auf ihre absolut sichere Mehrheit im Landtag, unternahm sie mit Erfolg einen Vorstoß dahin, daß die 17 im Lande vorhandenen Amtszirke zu 10 Bezirken zusammengelegt und damit nach ihrer Meinung die Grundlage für die Beseitigung der unlieb-jamen Amtshauptleute geschaffen wurde. Ihre Rechnung hat nun ein gewaltiges Loch bekommen. Während bisher von den 17 Amtshauptleuten 6 Sozialdemokraten und 1 Demokrat waren, die Reaktion also über 10 sichere Sitze in den Ämtern verfügte, ist nach den letztvollzogenen Amtsvertreterwahlen das Verhältnis derart, daß jetzt die Reaktion von zehn Amtshauptmannschaften nur noch über drei verfügt.

Das ist ein außerordentlich schwerer Schlag für die Landbundesregierung und ihre Helfershelfer. Von den sieben verbleibenden Ämtern werden bestimmt vier der Sozialdemokratie zufallen.

Und nun zum Stimmenverhältnis. Bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 vereinigte die Sozialdemokratie knapp 33 Prozent der Stimmen auf sich. Bei den jetzigen Amtswahlen schnellte der Prozentsatz auf 42 hinauf. Die Stimmenzahl der Sozialdemokraten stieg von rund 77 800 Stimmen bei der Reichstagswahl auf rund 82 000 Stimmen, trotzdem die Wahlbeteiligung eine um 16 Prozent geringere war.

positive Vorschläge machen, so sei dem Minister mit aller Deutlichkeit gesagt. Wir verlangen, daß endlich mit aller Energie durchgegriffen wird. Offiziere, die Träger antikorporativer Bestrebungen sind, haben sofort zu verschwinden.

Abgeordnete verhandeln mit Fürsten

Dem Rechtsausschuß des Reichstags legte die Reichsregierung am Dienstag eine Aufstellung über die Militärpensionen der ehemaligen kriegsverwundeten Fürsten vor. Danach beziehen im ganzen 19 Fürsten bzw. ihre Witwen Militärpensionen. An der Spitze steht Prinz Heinrich mit 17 127 Mark, dann folgt Prinz Leopold von Bayern mit 16 988 Mark, Prinz Rupprecht von Bayern mit 16 847 Mark und Prinz Eitel Friedrich mit 10 074. Die übrigen beziehen 7654 bis 1508 Mark jährlich.

In die Deutschnationalen richtete der Abg. Rosenfeld (Sozialdemokrat) die Frage, ob es wahr sei, daß die Deutschnationale Abgeordnete in den letzten Wochen mit dem ehemaligen deutschen Kronprinzen über die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern verhandelt und die Laski besprochen haben, die eingeschlagen werden soll, um das sogenannte Hohenzollernvermögen zu schützen.

Das deutschnationale Ausschussmitglied Barth, Amtsgerichtsrat in Zwickau, sah in der Anfrage Rosenfelds eine „ganz ungehörige Frage“. Die Beziehungen der Deutschnationalen zu den Hohenzollern gingen niemand etwas an. Die deutschnationalen Ausschussmitglieder hätten mit „Seiner kaiserlichen Hoheit, dem Kronprinzen“, keine Verhandlungen gehabt.

Demgegenüber erklärte Abg. Rosenfeld, daß im Interesse des deutschen Volkes festgestellt werden müsse, ob Mitglieder des Reichstags sich mit interessierten Fürsten über die im Reichstag bei der Verhandlung der Fürstenausschließung zu beachtende Laski verständigen. Am 28. und 29. Januar haben nämlich in Niederländischen Palais und bei gleicher Zusammenkunft stattgefunden, an denen der ehemalige deutsche Kronprinz, Vertreter der Hohenzollernschen Vermögensverwaltung und deutschnationale Reichstagsabgeordnete teilgenommen haben. Der Kronprinz ist unmittelbar darauf nach Holland gefahren. Rosenfeld wies darauf hin, daß nach dem Fall Eberling, der schon eine gewisse Aufklärung gab über die Beziehungen deutschnationaler Volksvertreter zu einem Fürstentum, das jetzt der zweite Fall sei, in dem sich herausstellt, daß deutschnationale Abgeordnete im Reichstag nicht als Vertreter des Volkes, sondern als Vertreter von Fürsteninteressen tätig sind.

Noch einmal wiederholte Abg. Barth gegenüber dieser Feststellung die Behauptung, daß die deutschnationalen Mitglieder des Ausschusses nicht die Ehre gehabt hätten, mit der kaiserlichen Hoheit zu sprechen. Der Fürstenausschließung verordnete sich unter allgemeiner Deckung der Ausschlußmehrheit dagegen, daß die gekränkten Rechte der Fürstentümer und die Interessen des Volkes im Gegensatz gesetzt werden. Der Deutschnationale Bohmann, Landgerichtsdirektor in Altona, erklärte, niemand habe ein Recht, den Deutschnationalen einen Vorwurf zu machen, wenn sie mit Fürsten verhandeln. Das täten sie nur, um sich ein „gerechtes Urteil“ zu bilden.

Demgegenüber stellte Abg. Rosenfeld fest, daß die deutschnationalen Abgeordneten, die mit Fürsten darüber verhandeln, wie am besten deren Vermögensinteressen im Reichstag gehahrt werden, den schärfsten Vorwurf verdienen, da sie die elementarsten Pflichten jedes Volksvertreters verletzen.

Deutsch-„National“

Im „Vorwärts“ lesen wir: Seit längerer Zeit versucht die ausländische Zündholzindustrie, die deutschen Unternehmungen zum Anschluß an den ausländischen Markt zu veranlassen. Da das auf Schwierigkeiten stieß, wurde eine besondere — äußerlich deutsche — Aktiengesellschaft gegründet, die diese Aufgabe unter neutraler Flagge durchführen soll. Dieses Unternehmen, die Norddeutsche Zündholz-Gesellschaft, deren Kapital kürzlich von 1 auf 5 Millionen Mark erhöht worden ist, unterliegt zu vier Fünfteln dem ausländischen Einfluß. Die Kapitalerhöhung ist vorgenommen worden, um die Verhandlungen über den Erwerb mehrerer deutscher Zündholzfabriken erfolgreich zu beenden, nachdem die Zündholzfabrik August Kolbe u. Co. in Zarnow bereits für 580 000 Mark gekauft wurde.

Soweit handelt es sich nur um ein der üblichen kaufmännischen Geschäfte. Ein besonderes Gesicht erhält diese Angelegenheit aber durch die Tatsache, daß der Versuch, eine deutsche Industrie vollständig an das Auslandskapital auszuliefern und die deutschen Verbraucher der Macht eines Auslandszentrums zu unterwerfen, von dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Franz Behrens tatkräftig unterstützt wird.

Herr Franz Behrens, der wegen der Finanzierung der Verlegerübernahme von Fememördern von der Leitung des Christlichen Landarbeiterverbandes enthoben wurde, scheint sich nun auf geschäftlichem Gebiet betätigen zu wollen. Er ist nämlich Mitglied des Aufsichtsrats der Norddeutschen Zündholz-Gesellschaft. Will Herr Franz Behrens, diese Zerde der deutschnationalen Reichstagsfraktion, etwa mit seinen wahrheitsmäßig nicht geringen Aufsichtsratsanteilen einen neuen Fonds schaffen, um die Befreiungsfaktion für Fememörder fortzusetzen?

Vor dem Weltgerichtshof

Vor wenigen Tagen ist der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag zu seiner 10. außerordentlichen Session zusammengetreten. Er verhandelte vor allem deutsch-polnische Streitfragen, die die Liquidation überschüssiger Besitzungen und die Begleichung des Stichtoffwerks Chorzow durch den polnischen Staat betreffen. Diese polnischen Maßnahmen sind nach deutscher Ansicht im Widerspruch zu dem Genfer Abkommen über Oberschlesien bzw. dem Versailles Vertrag erfolgt. Die deutsche Regierung hatte daher im Frühjahr vorigen Jahres Klage vor dem Haager Gericht erhoben, das in seinen Verhandlungen vom August sich entgegen dem polnischen Einspruch auch für zuständig erklärte. Auf den in der Zwischenzeit erfolgten Austausch der beiderseitigen Denkschriften folgen nun die mündlichen Verhandlungen.

Vorsitzender des Haager Gerichts ist der Züricher Rechtslehrer Max Huber, Vertreter des Reiches als des Klägers der Römische Universitätsprofessor Kaufmann, des polnischen Staates als des Beklagten der Vorsitzende des Obergerichts in Warschau Prozeßki.

Am 5. Februar hat im Friedenspalast im Haag die erste öffentliche Sitzung stattgefunden, die durch das würdige Zeremoniell, die Versammlung so vieler erster Rechtsgelehrter der Welt und das klöcher Kaufmanns einen lebhaften Eindruck erweckte. Bei der Komplexität der Streitfragen, deren jede mehrere Klägers von beiden Seiten bringen wird, ist ein rascher Abschluß der mündlichen Verhandlungen nicht zu erwarten. Der Urteilspruch selbst dürfte erst gegen Ostern erfolgen. Das ist allerdings der letzte Termin, weil dann die nächste ordentliche

Session beginnt, für die schon viel Stoff vorliegt, darunter unter anderem wieder deutsch-polnische Streitfragen.

Wie politisch unklar zum Erhebend Deutschlands gewisse Rechtskreise bei uns urteilen, wenn sie aus prinzipieller Voreinstellung gegen internationale Instanzen auch dem Haager Gerichtshof ablehnend gegenüberstehen, bezeugen die bisher mit diesem Institut gemachten Erfahrungen. Hier hat man es mit einer von politischen Erwägungen freien, auf wissenschaftlicher Höhe stehenden Rechtsprechung zu tun, und für Deutschland nicht es noch auf lange Zeit hinaus eine Lebensfrage sein, gerade seine Rechtsansprüche zur Geltung bringen zu können. Der Grund, daß dem Haager Gerichtshof eine Exekutive kaum möglich ist, verkennt die alte Bismarcksche Weisheit von den „Inponderabilien“. Keine Macht kann sich über ein Haager Urteil hinwegsetzen, ohne sich politisch damit selbst zu schaden. Polen hat diese einfache Weisheit noch nicht begriffen und verdankt dem zum guten Teil seine politische Zisterne.

Die jüngsten Erfahrungen erwecken den Eindruck, als wolle es auch dem polnischen Außenminister Skrzynski, der sich über die Bedeutung des internationalen Rechtsgedankens vollkommen klar ist, n. a. gefingen, den Widerstand der polnischen Völkischen und Nationalen zu überwinden. Polen würde mehr gewinnen, wenn es die Verständigung mit Deutschland auf der Basis des Rechts und der Billigkeit ernsthaft erstreben würde, und es ist kein Ruhmesblatt für seine Politik, daß es nicht nur der ständige Klient des Völkerbundsrats, sondern auch des Haager Gerichts zu werden scheint.



Mussolini.

Arbeitszeit der Krankenpfleger

In letzter Zeit ist es in verschiedenen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten üblich gewesen, für das beamtete Pflegepersonal Arbeitszeiten einzuführen, die das Maß dessen erheblich überschreiten, was Menschen zu leisten imstande sind.

In einer Anzahl Anstalten z. B. müssen Pflegerinnen bei psychopathischen (geisteskranken) Kindern in der Woche 51 Stunden reinen Tagedienst leisten und selbst Sonntags für einige Zeit zur Verfügung stehen. In Anstalten Bommerns und Schleiens sind sogar Arbeitszeiten (einschl. Arbeitsbereitschaftsdienst) von 131 Stunden wöchentlich üblich. In dieser Anstalt wird auch von dem übrigen Pflegepersonal zum Teil solche Arbeitszeit verlangt, obgleich die Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten vom 13. Februar 1924 für dieses Personal eine Spätarbeitszeit von 60 Stunden für die Woche festlegt.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags fordert deshalb, daß die Provinzialverwaltungen angewiesen werden, die Arbeitszeiten des Pflegepersonals in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten im Sinne der Verordnung vom 13. Februar 1924 zu regeln.

Presseskandal in Wien

In Wien ist man einer Pressekorruption auf die Spur gekommen, die großes Aufsehen erregt. Dem Verleger der linksradikalen Zeitung „Der Abend“, dem früheren kaiserlichen Rat Colbert, dem Chefredakteur Alexander Weiss und dem Geschäftsführer Suchs wird der Vorwurf gemacht, daß sie sich gegen Erpressungen an Banken und Industrieunternehmungen schuldig gemacht haben. Es soll bereits feststehen, daß das Blatt, das in der Hauptsache auf journalistische Aufmachung von Skandalen und Enthüllungen eingestellt war, Millionen erpreßt hat. Als Opfer werden einwilligen die Völkische Partei, eine betrachte Depositenbank, ferner Castiglioni, März und der Generaldirektor der Interbrauerei genannt. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft sich bereits um die Klärung der Angelegenheit bemüht.

Die „Arbeiter-Zeitung“ stellt am Montag zu dem Skandal des „Abends“ fest, daß das Blatt mit der Sozialdemokratischen Partei in keiner Weise verbunden war und die Partei weder auf seine journalistische Führung noch auf seine administrative Gebarung irgendeinen Einfluß ausübt. Hat „Der Abend“ war ein vollkommen unabhängiges Blatt. Es stand ehemals den Kommunisten in Österreich ganz einflußlos wurden, wiederholt die Politik der Sozialdemokraten unterstützt. Es ist aber nie zu nähere Beziehungen zur Partei getreten.

Der Herausgeber des „Abends“, Colbert, hat am Sonntag an den sozialdemokratischen Parteivorstand ein Schreiben gerichtet, in dem er ausdrücklich feststellt, daß sein Blatt kein Parteivergänger war, daß er selbständig journalistische Politik gemacht hat und daß er, als die Verfassungen des Reichs bekannt wurden, ihn sofort von seiner Stellung suspendiert hat. Colbert richtet an den sozialdemokratischen Parteivorstand die Frage, ob dieser bereit sei, entweder selbst oder in einem von ihm bestellten Ehrengericht die finanzielle und administrative Gebarung des „Abends“ und die gegen „Der Abend“ und seine Mitarbeiter erhobenen Beschuldigungen zu untersuchen, und ob der Parteivorstand evtl. bereit wäre, die journalistische Führung und die finanzielle und administrative Gebarung des „Abends“ unter die Kontrolle der Parteivorstand zu stellen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand faßte am Montag abend einen Beschluß, in dem er feststellt, daß „Der Abend“ eine von der Sozialdemokratischen Partei vollständig unabhängige Gebarung des „Abends“ zur Kenntnis, die journalistische Führung und die finanzielle und administrative Gebarung des „Abends“ unter die Kontrolle der Parteivorstand zu stellen. Der Parteivorstand konnte aber dieses Angebot nicht annehmen, weil die näheren Bedingungen dieser Kontrolle, die erst festzustellen sein werden, der Partei hinreichende Bürgschaft bieten

Die Tatsache, daß das Genfationsblatt, nachdem die Kommunisten in Österreich bedrückend wurden, sozialdemokratische Kräfte in Wien, ein auf Massenauflage beschränkendes Blatt kann nicht bestehen, wenn es sich nicht wenigstens den Ausschluß sozialistisch zu sein.

Notizen

Gebühren für Rechtsanwält. In einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags wird gefordert, daß die Gebühren der preussischen Gerichtslosten-gesetz die Gebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichtssozialisten auf die Höhe der Vorkriegszeit herabgesetzt werden.

Wahl, endlich, aus der Haft entlassen. Der Schriftsteller Heinrich Mann, dem der Rest der über ihn verhängten Zuchthausstrafe durch einen Gnadenakt des Reichspräsidenten erlassen worden ist, ist aus der Strafanstalt Moabit entlassen worden. Jetzt endlich, 3 Tage nach dem Gnadenakt!

Die Vierzigjährigen. Nach einem von den Demokraten im Reichstag eingebrachten Gesetzentwurf über die Unterbringung erwerbsloser Jugendliche sollen die Landesarbeitsämter die Befugnis erhalten, Arbeitgeber, die mindestens fünf Angestellte beschäftigen, anzuhalten, Angestellte beider Geschlechter, die das 40. Lebensjahr überschritten und seit mindestens 10 Jahren eine versicherungspflichtige Beschäftigung haben, zu beschäftigen, wenn diese Angestellten länger als 3 Monate erwerbslos gemeldet sind.

Vandervelde bei Briand. Der belgische Außenminister Vandervelde wird am Mittwoch in Paris zu einer Aussprache mit Briand erwartet. Wie man in unterrichteten Kreisen annimmt, gilt dieses erste Zusammentreffen der beiden Außenminister nach Locarno vor allem der von der französischen Regierung in Aussicht genommenen Erhöhung der französischen Zölle bis um 30 Prozent. Außerdem wird auch die Frage der Besetzung des Rheinlandes und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund den Gegenstand der Unterredung bilden.

Kein Matteotti-Prozess? Die seit einigen Tagen in Paris erscheinende antifaschistische Zeitung „Corriere degli Italiani“ veröffentlicht einen Artikel über die Angelegenheit Matteotti. Darin wird ein Schreiben der Rechtsanwälte Matteotti abgedruckt, in dem diese gegen die im Falle Matteotti angewandte Art und Weise der Untersuchung protestieren. Ferner wird ein Brief der Frau Matteotti an den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses abgedruckt, in dem Frau Matteotti ihren Entschluß mitteilt, ihre Privatklage zurückzuziehen. Sie begründet das damit, daß aus verschiedenen Phasen der Untersuchung und aus der fürzlich erlassenen Amnestie hervorgehe, daß ein wirklicher Prozess nicht geführt werden solle. Deshalb ersucht sie, daß man sie von dem Erscheinen in dem Prozess entbinde. Wenn sie die Bewand annehme, so würde sie das Andenken ihres Mannes beschimpfen.

Depechen

Das Echo im Ausland

Ab. Rom, 10. Februar. Heute oder spätestens morgen nachmittag wird, wie die Blätter mitteilen, Mussolini im Senat auf die Stresemann-Rede antworten. „Messaggero“ schreibt: Die Rede Stresemanns gibt im wesentlichen Italien Genugtuung, indem sie anerkennt, daß die deutsche Liquidation unbegreifbar war. Man könne nicht sagen, daß die italienischen Unterthanen deutscher Züge in Italien bergewaltigt wurden, solange man ihnen erlaube, Deutsch zu sprechen und solange sie deutsche Schulen hätten. Möge Herr Stresemann die Absichten dazu bringen, nicht nach Süditalien zu kommen, um Propaganda gegen das italienische Regime zu machen, dann werde Italien weniger Defensivmaßnahmen ergreifen müssen.

Der faschistische „Impero“ wiederholt ungefähr die Äußerungen des „Messaggero“ und vermißt eine Neubewertung Stresemanns gegen die Paraphrasen der deutschen Wichtigtuer auf den König von Italien und Mussolini.

England

Ab. London, 10. Februar. In der Frage der deutsch-italienischen Beziehungen beschränkt sich heute die Mehrzahl der Blätter auf eine ausführliche Wiedergabe der Rede Stresemanns und kurze Kommentare dazu. Allgemein wird der zügige und würdige Ton des deutschen Außenministers hervorgehoben.

Oesterreich

Ab. Wien, 10. Februar. Die von Außenminister Stresemann gestern im Reichstag erteilte Antwort an Mussolini findet hier ungeteilten Beifall. Alle Blätter heben die Ruhe und Würde der Erklärung Stresemanns hervor.

Frankreich

Ab. Paris, 10. Februar. Die französische Presse behandelt den Fall Mussolini mit auffälliger Zurückhaltung. Nur zwei Blätter äußern sich zu der gestrigen Rundgebung im Reichstag. Der „Petit Parisien“ vertritt im allgemeinen Verbindungen den Standpunkt, daß die Antwort des Reichsaussenministers, wenn auch scharf, relativ maßvoll gewesen sei gegenüber der um vieles schärferen Tonart des Reichspräsidenten. Vöbe.

„Gaulois“ schreibt, die Antwort Stresemanns sei so wenig wie nur irgend möglich geeignet, das Mißverständnis zwischen Berlin und Rom zu beseitigen. Der deutsche Reichsaussenminister begnüge sich nur damit, den von unzufriedener Polemik anzunehmen, den er dem italienischen Ministerpräsidenten zum Vorwurf macht. Er stelle sogar allgemeine Grundsätze auf, die über den Locarno-Zwischenfall des Brenners in befremdlicher Weise hinausgingen und eine besorgniserregende Bedeutung annehmen, wenn Deutschland in dem Völkerbundsrat vertreten sein werde.

Amerika

Ab. New York, 10. Februar. In einem Leitartikel der „Evening Post“ zu der Mussolini-Angelegenheit heißt es: Diese imperialistischen Gelüste, diese unterirdische Verurteilung auf die Ergebnisse des Weltkriegs lassen den Frieden von Locarno wie einen bedeutungslosen Scherz und die geplante Entwaffnungskonferenz des Völkerbunds wie eine leere Geste erscheinen. Mussolini und der Faschismus mögen gut gewesen sein für die inneren Schwierigkeiten Italiens vom Jahre 1922. Außerhalb Italiens werden beide wohl nur eine Gefahr für den europäischen Frieden bedeuten und schließlich wird der Ehrgeiz das erneuerte Italien von innen zu Grunde richten.

Anmelbungsnotiz überreicht

Ab. Genf, 10. Februar. Die deutsche Note mit dem Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund ist heute mittag dem Generalsekretär des Völkerbunds übergeben worden.

Krafftin schwer erkrankt

Ab. Paris, 10. Februar. Eine in Paris erscheinende russische Zeitung berichtet, der Gesundheitszustand des in Paris wohnenden Sowjetbotschafters in London, Krafftin, habe sich verschlimmert. Am Montag habe Krafftin sein Testament aufgesetzt.

Eblicher Unfall von Streifenarbeitern

Ab. Berlin, 10. Februar. Heute früh gegen 4 1/2 Uhr fuhr im Tunnel bei Oberhof ein Arbeitszug mit etwa 80 mit Gleisarbeiten beschäftigte Arbeiter, die das Geramachen des Zuges in Frage stellten, nicht wahrnehmen konnten. Sechs Arbeiter wurden getötet, eine ganze Anzahl mehr oder weniger schwer verletzt.

Zur Einsegnung!

Schwarze Kleiderstoffe

Wollmuffelin	Meter	2.00
Cheviot reine Wolle	Meter	1.95
Cheviot 130 cm breit	Meter	2.25
Popeline reine Wolle	Meter	2.65
Zwill 130 cm breit	Meter	4.90
Gabardine 130 cm breit	Meter	4.95
Epinglé 130 cm breit	Meter	6.25

Taschentücher

Stückeritücher mit und ohne Puffsaum	Stück 25	15
Spizentücher elegante Ausführung	Stück 48 88	25
Schiffsaumtücher zum Umhängeln	Stück 35 35 18	12
Gebrauchstücher buntfarbig	Stück 22	16

Weißer Kleiderstoffe

Wollbatist doppeltbreit	Meter	2.50
Popeline und Serge Ia. Qualität	Meter 3.90	3.50
Cheviot 130 und 105 cm breit	Meter	4.90
Zwill elegante Kleiderqualität	Meter	4.50
Crêpe marocain	Meter 6.75 4.95	3.75
Gabardine 130 cm breit	Meter	9.50
Colienne Seide mit Wolle	Meter	6.50

Wäschestoffe

Bemdentuch	Meter 95 78 68	55
Renforcé	Meter 1.25 95 85	68
Matotuch	Meter 1.70 1.45 1.25	1.00
Rüperbarchen weiß	Meter 1.25 95	85
Rüperbarchen	Meter 1.75 1.35	1.00

Farbige Kleiderstoffe für Prüfungs-Kleider

Reinwollene Cheviots viele Farben	Meter	1.95
Cheviot Jacquardmuster-Neuheit	Meter	2.25
Popeline reine Wolle, Niesenfarbentort.	Meter 2.95	2.65
Rammgarnferge alle Farben	Meter	2.95
Popeline ca. 105 cm breit, erstklassige Qualität	Meter	3.25
Gabardine 130 cm breit	Meter 5.95	4.50
Rips 130 cm breit, modernes Gewebe	Meter	6.75 5.90

Schwarz Körperamt
70-90 cm breit
Meter 8.50 7.25 5.90 **4.95**

Konfirmationstücher
mit Inschrift „Zur Konfirmation“
Stück 65 **48**

Beachten Sie bitte unsere Spezial-Schanfenster.

Gebr. Barasch.

Rothbücher für den einjährl. Haushalt von 2. Markt an Buchhol. Volksstimme

Am 7. Februar, um 12 Uhr, entfällt nach langem schweren Leiden meine liebe Frau, meine gute Mutter, Schwägerin und Großmutter, Schwägerin und Tante
Marie Salomon
geb. Käfer
3 Tage vor ihrem 57. Geburtstag.
Die trauernden Hinterbliebenen
Friedrich Salomon u. Kinder.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des neuen Stadtkirchhofes Friedhofs aus statt.

Dankfagung.

Zunächst sei dem Herrn Pastor dankbar für die herzlichste Teilnahme an dem Bestattungsgang, ferner dem Herrn Pastor für die herzlichste Teilnahme an dem Bestattungsgang, ferner dem Herrn Pastor für die herzlichste Teilnahme an dem Bestattungsgang.

Sermann Peters
und Kinder.

Danksagung.

Die überaus herzliche Anteilnahme beim Begräbnis unseres geliebten Vaters, des Kaufmanns

Julius Wertheimer

hat uns tief gerührt, und sagen wir hierdurch allen Beteiligten innigen Dank.

Magdeburg, den 10. Februar 1926
Westendstrasse 12.

Gebrüder Wertheimer.



Magdeburger Fischhallen

der Deutschen Seefischhandels-Aktiengesellschaft
Alte Ulrichstraße 13 :: Breiter Weg 89/90
Erstklassiges und größtes Spezial-Fischgeschäft am Platze
Große Fänge, billige Preise, darum eßt Seefische
Fischkochrezepte gratis!

ff. frisch. großer Seelachs im Ausschn. Pfd. 22	ff. frische grüne Heringe	Pfd. 18
ff. frisch. großer Kabeljau im Ausschn. Pfd. 33	ff. frische Bratschollen	Pfd. 45
ff. frisch. groß. Schellfisch im Ausschn. Pfd. 45	ff. Fischfilet ohne Gräten, unsre Spez.	Pfd. 70

la. frische Flussfische preiswert!
ff. frische Brassen Pfd. 40 bis 60 Pf. ff. frische große Barsche Pfd. 90 Pf. ff. frische Hechte Pfd. 50 Pf.
lebende Aale, lebende Karpfen, lebende Schleie.

Stadtesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Mühlhald.
Todesfälle. 9. Februar. Friseurmeister Otto Krüger, 73 J., Frau, 2. des Arbeiters Otto Schmidt, 1. W. Chemiker Otto Schwanermeister, 70 J., des Schlossers Albert Albertine, 2. W. Kaiser Franz, 73 J., des Schlossers Friedrich, 61 J., des Schlossers Hermann, 61 J., des Schlossers Ernst, 79 J., des Schlossers geb. Schwaner, 61 J., des Schlossers geb. Schwaner, 61 J., des Schlossers geb. Schwaner, 61 J.

Magdeburg-Eubenberg.
Todesfälle. 8. Februar. Volkswirtschaftler a. d. Frau, 61 J., des Schlossers des Schlossers geb. Schwaner, 61 J., des Schlossers geb. Schwaner, 61 J., des Schlossers geb. Schwaner, 61 J., des Schlossers geb. Schwaner, 61 J., des Schlossers geb. Schwaner, 61 J.

Magdeburg-Eubenberg.
Todesfälle. 9. Februar. Schlosser des Schlossers geb. Schwaner, 61 J., des Schlossers geb. Schwaner, 61 J., des Schlossers geb. Schwaner, 61 J., des Schlossers geb. Schwaner, 61 J., des Schlossers geb. Schwaner, 61 J.

Heinz-Hermann
Heute wurde uns zu unserer großen Freude der Stammhalter geboren.
Magdeburg, 9. Februar 1926.
Dr. Brasack und Frau
Lieselotte geb. Kubel.

Prachtvolle, gebr.
Federbetten
Zedbett u. Kopfkiff.
20 u. 25 Mk.
Goethestr. 37, pt.

Proletarierfrauen

laufen sich die Großhäre von der Gewössa Duffe Otto

Vorbeugen nicht
Sie finden darin mehr als in jedem andern, geliebten Mädchen.
Die Schrift ist ein ansehnlicher

Angeber für Eheleute.
5. Auflage. Preis 50 Pfg.
Anspruch gegen Verzinsung von 70 Pfg. an die

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Große Mühlstraße 3.

Laube
4x4 im Zumbau
Breiter u. Santholz.
Brennholz-Abbruch
Sünderstraße 4.

50 Mark Belohnung!
Hagdhund entlaufen (Hundwürger) a. d. Frau. "Erst" jenseit der Mühl. geben kann, der Hühnerbesitzer, der ich, auch obige Belohnung, Kugeln bitte im Hühnergeschäft Neuer Weg Nr. 21 abzugeben.

Wohnzimmer
sehr gut erhalten, wegen Platzmang. billig abzugeben.
Präsidentenstr. 33, v. III.

Was jeder tätige Parteigenosse lesen und besitzen muß!

- Heinrich Wandt (noch unerschlossen i. Buchhaus): **Etappe Gent**, 182 Seiten, Preis Mk. 1.50.
- Wilhelm Dittmann (Bericht vor dem Untersuchungsausschuß): **Die Marine-Justiz-Morde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918**, 104 Seiten, Preis Mk. 1.60.
- Paul Kampffmeyer (im Auftrag des Parteivorstandes): **Das Heidelberger Programm, Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie**, 72 Seiten, Preis Mk. 1.00.

Buchhandlung Volksstimme Magdeburg.

„Das Stuvkamp-Gefühl“.



„Stuvkamp-Salz“

regeneriert das Blut, verhindert Stoffwechsellkrankheiten, wie: Hexenschuß, Rheuma, Ischias, Magen- und Darmleiden, Verdauungsstörungen, reinigt Leber, Galle, Nieren, entfernt überflüssig. Fett, schafft Schlaf u. Appetit, blühendes Aussehen, Energie u. Lebensfreude, mit einem Wort, die **„Stuvkamp-Lebensfreude“**
Stuvkamp-Salz in Original-Packungen zu Mk. 3.— und Mk. 2.—, überall zu haben.

Hüten Sie sich vor minderwertigen Fabrikaten ausländischer Herkunft.

Bestimmt zu haben in folgenden Depots:
Adolf-Friedrich-Apotheke, Leipziger Straße. Drogerie Paul Franke Nachf., Pfälzer Str. 1. Henneberg & Co. Nachf. und ähnliche Filialen. Bursch-Apotheke, Breiter Weg 121. Hof-Apotheke, Breiter Weg 153. Hohenzollern-Drogerie, Staatsbürgerplatz 2. Johanns-Apotheke, Johannisberg 1. Kaiser-Otto-Drogerie, Hermann Lorenz, Alter Markt 28. Drogerie Max Lindner, Lüneburger Str. 49. Löwen-Apotheke, Alter Markt 27. Meißner & Zierenberg Nachf., Gr. Junkersir. 1. Stern-Apotheke, Tauentzienstr. 4. Ulrich-Drogerie, Otto-von-Siercke-Str. Ecke Ulrichstraße. Drogerie Wenrich, Viktoriastraße 1. Viktoria-Apotheke, Otto-von-Siercke-Str. 1.
Generalvertreter: Firma Gustav Fichtler, Magdeburg, Straßburger Straße 1, Fernruf 931.

Billige Seefische

solange der Vorrat reicht

Blutfrischer Seelachs 20 Pf.

Otto Schulz, Fischhandlung
Eubenberg, Halberstädter Straße 118
Magdeburg, Breiter Weg 238
Baden, Feldstraße 2.

Reichstagsantwort an Mussolini.

Reichstagsführung vom Dienstag. Haus und Tribünen sind stark besetzt. In der Diplomatenloge sieht man u. a. den englischen Botschafter in Berlin. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Erster Punkt der Tagesordnung ist die Beratung der von den Regierungsparteien und den Deutschen nationalen eingebrachten Interpellation über die Lage in Südtirol. Das Wort ergreift sofort

Reichsaußenminister Stresemann:

Die Ausführungen des italienischen Ministerpräsidenten in der Sonntagsrede der italienischen Kammer greifen tief ein in das Verhältnis Italiens zu Deutschland. Sie rufen darüber hinaus die Gesamtlage auf, die mit dem Abschluß der Verträge von Locarno und mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Verbindung steht. Der rhetorische Ausdruck des Herrn Mussolini gab Veranlassung, ihm in der gleichen Weise zu antworten; die deutsche Reichsregierung muß es jedoch ablehnen, der mehr auf Massenveranstaltungen als auf die Aussprache mit anderen Nationen berechneten Tonart des italienischen Ministerpräsidenten zu folgen. (Beifall.) Wir wollen vielmehr in aller Sachlichkeit die Vorgänge unterzuchen.

Die Tatsache, daß Südtirol Italien zugesprochen ist, wird von uns anerkannt, die italienische Souveränität in diesem Gebiet ist von uns stets respektiert worden und wird immer respektiert werden. Diese politische Rechtslage erschöpft aber nicht die Gesamtsituation. Es gibt nicht nur ein internationales Recht, sondern auch eine internationale Moral. (Beifall.)

Unter lauten Hör!-Hör!-Rufen verliest der Minister dann die verschiedenen feierlichen Versicherungen des Königs von Italien und der amtlichen Stellen Italiens, in denen bei der Besitzergreifung Südtirols durch Italien der deutschen Bevölkerung jenes Landes die Wahrung ihrer Kultur und des deutschen Schulwesens in Südtirol zugesagt wurde. Im Gegensatz zu allen diesen Zusicherungen hat das faschistische Regime eine bewußte

Italienisierung und Entdeutschung Südtirols

vorgenommen. Ueber diese nicht zu leugnende und auch von Mussolini nicht geleugnete Tatsache ist die Öffentlichkeit unterrichtet. Sie ist nur verwirrt worden durch unwahre und verstellte Einzelnachrichten, wie die von einem Verbot der Weihnachtsbäume und der geplanten Beseitigung des Denkmals Walkers von der Vogelweide in Bozen.

Die deutsche Regierung hat diese falschen Nachrichten, denen sie vollkommen fernsteht, außerordentlich bedauert und die Presse zu größter Vorsicht ermahnt. Es ist auch die Vermutung geäußert worden, daß solche falschen Nachrichten

absichtlich von Provokatoren verbreitet

würden. Diese bedauerlichen falschen Nachrichten ändern aber nichts an dem Gesamtbestand der Italienisierung Südtirols. (Sehr wahr!)

In München ist in der Tat von wenigen Privatleuten eine Bewegung zum Boykott Italiens eingeleitet worden. Hinter dieser Bewegung stehen weder die bayerische Regierung noch deutsche amtliche Stellen. Ich halte es für durchaus unangebracht, wenn einige Unbegreifliche glauben, auf diese Weise deutsche Außenpolitik machen zu können. Diese reine Privatbewegung von unverantwortlichen Leuten hat den italienischen Ministerpräsidenten veranlaßt, dem deutschen Botschafter gegenüber zu erklären, daß er amtlich die Einfuhr deutscher Waren verbietet und zum Boykott Deutschlands auffordern würde, wenn derartige Bestrebungen nicht aufhören. (Aufeinerhört!) Ich halte es für ein unmögliches Vorgehen, die von der Regierung gemißbilligte

Bewegung unverantwortlicher Kreise

mit dem Bruch internationaler handelspolitischer Abmachungen beantworten zu wollen. Auf solcher Basis ist ein internationales Zusammenleben nicht möglich. (Beifall.)

Wie an andre Staaten, so ist auch an uns die Frage gerichtet worden, wie wir uns zu einer Revision der Brenner Grenze stellen. Unsere Antwort war selbstverständlich die, daß wir für eine solche Frage nicht die richtige Adresse sind. Oesterreich; nicht wir, grenzt an Italien. Wir achten das Selbstbestimmungsrecht der Völker und haben nur den Wunsch, daß unser und Oesterreichs Wünschen, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhen, nicht in die Ewigkeit hinein die Hindernisse entgegengekehrt werden, die wir seit 1919 erfahren.

Wir können uns auch nicht der Meinung verschließen, daß es zweierlei Grenzen in Europa gibt, solche, die vertraglich garantiert, und solche, die labil sind. Das, was hier der deutschen Politik an Expansionsbestrebungen unterstellt wird, ist vollkommenster Unsinn. Die deutsche Öffentlichkeit hat in den letzten Jahren Italien große Sympathie entgegengebracht. Das hat sich erst geändert, als die Nachrichten über die Unterdrückung der deutschen Bevölkerung Südtirols sich immer mehr verstärkten.

Wenn Herr Mussolini meint, diese veränderte Haltung der deutschen Presse sei auf einen Befehl der deutschen Regierung zurückzuführen, so vergißt er, daß man in Berlin nicht wie in Rom die Freiheit der Presse willkürlich beschränken kann. (Sehr gut!) Wir können und wir würden auch der deutschen

Presse nicht verbieten, Sympathie zu empfinden

und einzutreten für ein Land und Volk, das seit vielen Jahrhunderten deutsch gewesen ist und der deutschen Kulturgemeinschaft weiter angehört. Wenn aus der Unterdrückung eines Volkes die Gefahr einer Störung des Friedens entsteht, ist der Appell an den Völkerbund gegeben. (Aachen rechts und bei den Komm.)

Das Reichskabinett hat gestern den Eintritt in den Völkerbund beschloffen und ist darin bestärkt worden durch die Mussolini-Rede. Diese Rede forderte nicht nur die Entdeutschung Südtirols, sondern sie ist in der ganzen Welt als eine Kriegserklärung aufgefaßt worden gegen Deutschland und Oesterreich. Derartige Drohungen sind mit dem Geiste des Völkerbundes schlechthin unvereinbar, unvereinbar mit ihm ist der ganze Ton, die

Ueberheblichkeit und Maßlosigkeit

von Mussolinis Ausführungen, die kein Ausdruck innerer Kraft zu sein brauchen. (Lebh. Zustimmung.)

Mussolini hat zum Anlaß für seine große Aktion die Landtagsrede des bayerischen Ministerpräsidenten Feld genommen, ohne den Wortlaut dieser Rede ernst abzuwägen. Ministerpräsident Feld hat ganz klar nur von der kulturellen Freiheit der Deutschen Südtirols gesprochen. Wir erwidern es allerdings wünschenswert, daß auswärtige Politik nur von den Reichsstellen und im Reichstage gemacht wird. (Lebh. Beifall links.) Man sollte nicht durch Interpellationen die Ministerpräsidenten der Länder in die Zwangslage bringen, über Außenpolitik zu sprechen. Die Verantwortung für die Außenpolitik trägt jedenfalls nur die Reichsregierung. Wir lassen uns das Recht nicht nehmen, für die kulturellen Rechte der deutschen Minderheiten im Ausland einzutreten, wie wir auch die Rechte der in unseren Grenzen wohnenden nationalen Minderheiten wahren wollen. (Beifall.) Die Anteilnahme des deutschen Volkes an den Menschen deutschen Blutes jenseits unserer Landesgrenzen ist ein Naturrecht, das wir uns nicht bestreiten lassen. (Lebh. Beifall.) Wir werden

im Völkerbund für die nationalen Minderheiten

eintreten. Wir haben keine Gegenjäre zum italienischen Volk und wollen nicht in Frieden leben. Aber zur Grundlage des Friedens gehört auch jene Selbstachtung, ohne die ein Volk vor sich selbst nicht bestehen kann. Äußere Machtlosigkeit ist nicht gleichbedeutend mit dem Verlust innerer Kraft. In diesem Geiste weise ich die gegen Deutschland gerichteten Drohungen mit aller Entschiedenheit zurück. (Lebh. Beifall.)

Besprechung der Interpellationen.

Abg. Scholz (D. Vpt.) gibt für die vier Regierungsparteien eine Erklärung ab, in der die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die Ausführungen des Reichsaußenministers überall richtig verstanden werden würden. Die Drohungen und Beleidigungen des Leiters der italienischen Politik seien in einem Augenblick ausgesprochen worden, in dem in Europa eine Atmosphäre des Friedens geschaffen werden sollte, und das gerade zu dem Zeitpunkt, wo Deutschland in den Völkerbund eintreten will.

Gegen die systematische Unterdrückung der Deutschen in Südtirol habe sich die ganze deutsche Presse gewandt. In einem Reichstaat wie Deutschland habe die Regierung aber keine Mög-

Mussolinis Brandrede.



Wir kennen die Weiße, wir kennen den Teufel. So hat einst mit gepanzerter Pfote Unser Erbmonarch, Wilhelmus der Zwote Der Diplomaten Konzept verfertigt.

Wie heute — damals: ein Beifallssturm, Ein Monstreorchester klaffender Hände. Wir aber denken still an das Ende ... Was blieb von allem? — Ein zitternder Wurm!

Jetzt schäumt der „Duce“ in Redegischt, Er trägt die Fahne über den Brenner ... (Meist leuchtet der Fünfmäusenbrenner Am hellsten auf, bevor er erlischt.)

Es kündigt das Ende der Diktatur Sich an durch solche Rodomontaden. Der Kenner sieht hier nichts als den Schaden In Mussolinis Gehirnsstruktur.

Und folgert kühl aus dem Redeschwall Aus der geminkten Cäsarenpose Als einzig sichere Diagnose: Hier tam der Knall schon vor dem Fall!

Mich. von Lindenfeld.

lichkeit, solche Presseäußerungen zu unterdrücken. Niemand bei uns denke daran, eine irredentistische Bewegung in Südtirol zu entfachen, wie sie Italien vor dem Kriege in Oesterreich gebildet und gefördert habe. Aber die Deutschen in Südtirol hätten ein Recht auf Erhaltung ihrer alten Sitten und Kultur. Das deutsche Volk stimme den Ausführungen des Ministers vollständig zu. (Bravo!)

Der Rede des Herrn Außenministers stimme ich ganz be-

sonders in dem Punkte zu, der den Anlaß zu dem gegenwärtigen internationalen Streitfall hervorgerufen; ich meine die Rede, die der bayerische Ministerpräsident Feld am 4. d. M. gehalten hat. Diese Rede enthält zwar nichts, wogegen sachlich Einspruch zu erheben wäre, aber ebenfalls stimmt es, daß in Einzelheiten von Ministerpräsidenten Reden gehalten werden, die zu solchen Auseinandersetzungen Anlaß geben. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Ich kann mir vorstellen, daß ein preußischer Ministerpräsident ein anderer, als der heute hier sitzt, Anlaß nimmt, wenig freundliche Worte an die Adresse, sagen wir, Polens oder Dänemarks zu richten. Ich kann mir denken, daß ein späterer heftiger Staatspräsident sich in gleicher Weise gegen Frankreich wendet oder daß ein sächsischer Ministerpräsident glaubt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich auszeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Durch die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis sind wir in einen Fehlerkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung befreit worden sind. Konsequenz wäre es ja gewesen,

wenn Herr Feld Mussolini geantwortet hätte;

aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist.

Ich freue mich, daß man sich hier heute einig zu dem Grundsatze bekennt, daß nationale Minderheiten nicht unterdrückt werden dürfen. Ich habe die Erklärungen des Reichsaußenministers darüber mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen und daraus ersehen, daß man von diesem Grundsatze nun auch die Konsequenzen nach innen ziehen will. Das ist der entscheidende Punkt. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teiles des deutschen Volkes würde kraftlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundsätzliches Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! b. d. Soz.) Das ist ja

das Wesen jenes überspannten Nationalismus,

der uns in diesem Falle gegenübersteht, daß er empfindlich ist, wo es um seine eigene Sache geht, daß er aber die Unempfindlichkeit einer Leiche dort voraussetzt, wo es sich um andre handelt.

Dieser überspannte Nationalismus brüllt, homerisch gesprochen, wie laufend Löwen, wenn er meint, daß irgendeiner be-

absichtige, ihm zu nahe zu treten. Dieser selbe Nationalismus aber begegnet jedem Schmerzschrei der getretenen Kreatur mit wilden Drohungen. Ich frage Italien, nicht jenes Italien, das heute die Frage des Faschismus trägt, ich frage jenes Italien, das uns teuer ist aus der Geschichte seiner Kämpfe für seine Freiheit und Einheit, ob es nicht instände ist, die Gefühle zu begreifen, die Deutschland angesichts der Leiden der deutsch-südtirolischen Bevölkerung empfinden muß. Jeder Italiener kennt die Geschichte von dem österreichischen Feldmarschall Sava, der wegen der schändlichen Unterdrückung in Oberitalien eines Tages in London von kräftigen Brauereiarbeitern mit deren Häufen gepackt und in ein Brauereifäß hineingesteckt wurde. Das könnte dem italienischen Ministerpräsidenten von heute zur Warnung dienen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es sei denn, er hätte alle Absichten auf weitere Auslandsreisen aufgegeben, wozu er ja nach den Erfahrungen von Locarno einigen Anlaß zu haben scheint. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Bedrückung unserer deutschen Volksgenossen in Südtirol können wir nur als einen

Teil des Systems des Faschismus

verstehen. Wie soll denn Südtirol atmen können in einer Atmosphäre, in der ganz Italien erstickt? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wie soll Mussolini Freiheit und Recht den wenigen Deutschen seines Landes angeheißt lassen können, wenn er sie den 42 Millionen Italienern verweigert? Wie soll Ordnung und Freiheit in Südtirol herrschen können, wenn in ganz Italien der politische Mord, die Brandstiftung gegen politische Gegner an der Tagesordnung ist? (Zustimmung b. d. Soz.) Mussolini hält sich für einen Cäsar. Er ist nur ein Caligula. (Lebh. Beifall.) Einem Ministerpräsidenten, dessen Regierungsmethode selbst die Barbarei ist, steht es schlecht an, andre als Barbaren zu bezeichnen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) und über die primitiv gekleideten Individuen zu sprechen, die Italiens Straßen bevölkern, wo er selber doch einmal zu den primitiv gekleideten Individuen gehört hat. Als ein solches

„primitiv gekleidetes Individuum“

haben wir ihn gefannt, aber damals hat er uns besser gefallen als jetzt in seinem Herzogsmantel. (Sehr richtig!) Ihm am allerwenigsten steht es an, in aufgeblasenen Hochmut eines Emporkömmlings über die zu spotten, die keine so guten Schneider haben wie er. (Sehr gut! und Beifall.)

Es gibt ja Leute, die glauben, daß für ganz Europa eine Mussolinische Ära bevorsteht. Mussolini hat selbst das einmal verkündet. Ich glaube an diese Mussolinische Ära Europas nicht. Es ist das tragikomische Mißgeschick des Faschismus aller Länder, daß, wenn er einen Führer braucht, er warten muß, bis ein Sozialist verrückt geworden ist. (Große Heiterkeit.)

An die kommende mussolinische Ära Deutschlands glaube ich deshalb nicht, weil wir

unsre mussolinische Ära schon hinter uns

haben, die Schreckensära der Zerstückelungsphrasen, und wir wissen, was sie uns gefolgt hat. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Weil wir Freunde Italiens sind und in diesem Augenblick unsre Grüße jenden der arbeitenden Bevölkerung Italiens, dessen soziale Rechte zertreten sind, dem geistigen Italien, dessen Freiheit in maßloser gewalttätiger Weise geknebelt ist, darum sprechen wir in dieser Stunde die Erwartung aus, daß es Italien rechtzeitig gelingen wird, sich zu befreien. Möge es die Zwangsjade, die es sich in einem unbewachten Augenblick überworfen ließ, abstreifen und den hineinstechen, der in sie hineingeworfen. (Bravo b. d. Soz.) Nicht als Feinde Italiens stehen wir deutsche Sozialdemokraten hier. Wie könnten wir ein Italien hassen, das in der internationalen Freiheitsbewegung so viele erlauchte Wortkämpfer gegeben hat. Einer der reinsten und edelsten Menschen war ein Italiener, er hieß Matteotti und

das Italien Matteottis lieben wir.

So unheimlich uns die Stätte ist, von der aus Mussolini seine Brandreden in die Welt hinausgeschleudert, so heilig ist uns die Stätte, an der ein Matteotti begraben liegt, von den ruchlosen Werkzeugen Mussolinis ermordet. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Lassen Sie mich auch sprechen von Cäsare Battisti, dem Herr Mussolini in Bozen ein Denkmal setzen will. Wer war Cäsare Battisti? Das Personalregiment des österreichischen Reichsrats meldet trocken, daß er laut Artikel vom 12. Juli 1916 sein Abgeordnetenmandat verloren hat. Dahinter verbirgt sich eine tiefe Tragödie. Battisti war ein Sozialist, der bei Kriegsausbruch sich vorbehaltlos zur Solidarität mit dem eigenen kämpfenden Volke bekannte. Wie Ludwig Frank, der Deutsche, so zog der Italiener Battisti in den Krieg auf Seiten Italiens. Volksheld wie er war — er war kein Mussolini — ging er an die vorderste Front. Er wurde gefangen genommen und nach korrekter Gefeslichkeit

als Landesverräter hingerichtet,

wie in Oesterreich Hunderte und Tausende hingerichtet worden sind, weil sie das Recht der Volksgerechtigkeit höher stellten als die zufälligen Staatsgrenzen. Was soll der heinerne Battisti den Südtirolern sagen? Der tote Battisti könnte ihnen sehr viel sagen! Nach den geographischen Protokollen des österreichischen Reichsrats hat er am 8. November 1913 die Schaffung der Autonomie des Trentino und eine totale Wendung in der Politik der österreichischen Regierung gefordert. Die Regierung, sagte Battisti weiter, soll nicht vergessen, daß zwischen der Bevölkerung der Italiener in der Monarchie und der äußeren Politik ein enger Zusammenhang besteht. Geradezu mit der Autonomie des Trentino. Und am 12. Dezember 1911 erklärte er:

Wir wollen ein Ende haben mit dieser verantwortungslosen Politik. Wie er sich auch nennen möge, der Justiziar dieser Bedrückungspolitik gegen das Trentino des Caffes gegen die italienische Nation, der Verschwendung und der jähling Gefährdung für alle Völker Oesterreichs sei es, wer er will, ist tatsächlich ein Unzurechnungsfähiger, ein Mensch, reif für das Marzenghaus. (Hört, hört! b. d. Soz.) Im Namen der Zivilisation und der Humanität müssen wir laut aufstehen und dem Unverantwortlichen zurufen: Weg mit der Kriegspartei, weg mit dem blutgurgelnden Militarismus und weg mit den Narren, die ihn führen.

So der tote Battisti an den lebenden Mussolini. Wir sind bereit, uns an einer Sammlung für das Denkmal Battistis zu beteiligen unter der Bedingung, daß diese Worte in goldenen Buchstaben auf den Sockel gesetzt werden. (Sehr gut! b. d. Soz.) Mussolini droht uns jetzt mit dem Krieg.

Ueberfälle Bewaffneter auf Unbewaffnete

gehören zu den Spezialitäten des Faschismus, aber ich glaube nicht, daß die Methoden aus dem Innern Italiens ohne weiteres auf die internationale Praxis zu übertragen ist. Ich stimme dem Außenminister darin bei, daß wir gerade darum, weil sich im Süden eine Gefahrenzone aufgetan hat und weil wir um das Recht der deutschen Minderheiten kämpfen wollen, in den Völkerbund hinein müssen. Der Eintritt in den Völkerbund war die beste Antwort auf die Rede Mussolinis.

Die deutschen Sozialdemokraten haben eine reiche Erfahrung darin, wie man auch ohne Waffe den Kampf gegen Unterdrückung führen kann, gestützt allein auf die Waffe des Rechtes. Auf diese Waffe des Rechtes gestützt, in brüderlicher Solidarität mit unseren italienischen Genossen und mit allen freien Geistern Italiens wollen wir getrost den Tag erwarten, an dem die Wölfer des

Faschismus vorüberziehen und die Sonne der Freiheit scheint für Italien, für Süditalien, für alle! (Beih. Beifall.)
Abg. Spahn (Dt.-natl.): Gegen die Gewaltpolitik Mussolinis die Stimme zu erheben, war das Recht und die Pflicht des bayrischen Ministerpräsidenten Selb.
Abg. Stücker (Komm.): Es ist bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundesrats in so ungeheurer Weise auf der deutschen Widerheit herunterschreit und offene Kriegsdrohungen an Deutschland richtet.
Abg. Gamppe (Wirtsch. Bg.): begrüßt in einer kurzen Erklärung die Ausführungen des Außenministers.
Abg. Graf zu Reventlow (Völk.) nennt die Rede Mussolinis unwürdig und verächtlich.
Damit schließt die Aussprache.

Präsident Löbe:

Ich darf das Ergebnis der Aussprache für den Reichstag, mit Ausnahme der Kommunisten, wie folgt zusammenfassen: Der Reichstag wehrt die sachlich ungerechtfertigten und in der Form beleidigenden Angriffe und Ausfälle Mussolinis mit Nachdruck ab. (Beih. Beifall.)

In der ganzen Welt gilt die rechtliche Auffassung, daß das Schicksal stammesverwandter Völkerheiten von ihrer Mutternation mit aller Anteilnahme verfolgt und ihr Ringen um das eigene Volkstum unterstützt wird. Obwohl das deutsche Volk nichts anderes wünscht, als im friedlichen Zusammenwirken mit den andern Völkern seinem eignen Aufbau zu dienen, wird es sich doch nicht davon abhalten lassen, für die deutschen Völkerheiten unter fremder Staatshoheit eine gerechte Behandlung zu beanspruchen. (Beih. Sehr richtig!) Dieses Recht werden wir uns am allerwenigsten durch beleidigende Angriffe und sinnlose Drohungen beschränken lassen. (Beih. Beifall.)

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Es folgt die zweite Beratung des Wirtschaftsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und Spanien. Der Auswärtige und der Handelspolitische Ausschuss empfehlen die unveränderte Annahme der Vorlage.

Nach längerer Aussprache wird das Abkommen in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten und einiger Vertreter von Weinbauern im Zentrum angenommen. Ebenso finden Annahme die Zusatzartikel zum Deutsch-Niederländischen Handelsvertrag und Deutsch-Niederländischen Zoll- und Kreditvertrag.

Um 7 1/2 Uhr verläßt das Haus auf Mittwoch nachmittag 1 Uhr. Tagesordnung: Beratung des Haushaltsgesetzes. —

Preussischer Landtag.

Der Preussische Landtag überwiegt am Dienstag zur Beginn der Sitzung auf Verlangen des Abg. Lüdemann einen sozialdemokratischen Antrag zur

Verhinderung der Arbeitslosigkeit

zur raschen Erledigung in Verbindung mit den Beratungen über die neue Hauszinssteuer an den Hauptauschuss. Der Antrag fordert vom Staatsministerium, einen namhaften Teil der im Haushaltsplan für 1926 vorgesehenen Mittel für öffentliche Bauten schon jetzt zur Verfügung zu stellen und für die Finanzierung des Wohnungsbauens vorzuschreiben einen Betrag von 50 Millionen Mark den Kommunalverbänden zu überweisen.

Angenommen wird ein Antrag des Ost-Ausschusses, der die Anerkennung der in Oberschlesien durch Aufruhr und Vorkriegsfall verursachten Schäden als Reichsschuld und die Beschleunigung in der Zahlung der Entschädigungen verlangt sowie ein auf sozialdemokratische Initiative zurückgehender Antrag des Handelsausschusses, der gesetzliche Verhinderung gegenüber spekultativen Stilllegungen fordert.

Die Ausgleichszulage an die Angestellten in den Metallhandwerker Staatsbetrieben im Rahmen einer Summe von 150 000 Mark soll bei Vereinbarung mit den Angestellten bald zur Auszahlung kommen; die untern Angestellten sind in die Zahlung einbezogen.

Das Haus geht dann auf die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die

Umgemeindung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Nach den Berichterstattern Schmid (Düsseldorf, D. Vp.), Waldhausen (Dt.-natl.), Kluppich (Soz.) und Fran Wieje (Ztr.) nahm der preussische

Juramentum Seuerling

das Wort. Der Minister begrüßte die erfreuliche Zustimmung der Parteien zur Vorlage. Er verwies auf die Flut von Deputationsen und Eingaben, die bei Besamwerden der Umgemeindungsberichte aus dem Ruhrgebiet nach Berlin gelangt seien. Er sprach von einer Wallfahrt nach Berlin.

Man werde bald wieder hören, daß die Vorlage nicht weit genug gehe. Es gebe Leute, die glauben, man könne im Westen eine Art Ruhr-Berlin schaffen. Ein solcher Koloss würde die großen Aufgaben des Ruhrgebietes nicht fördern. Das Ziel der Vorlage liege darin, die kommunalen Aufgaben mit den Förder-

lungen größter Wirtschaftlichkeit in Einklang zu bringen. Das sei dem Ausschuss leidlich gelungen.

Es warte unfruchtbar, Organisationsänderungen vorzunehmen, die die wirtschaftliche Entwicklung hemmen; denn das Industriegebiet lebe ja nur von der Industrie, die zum großen Teil auf den Export angewiesen sei. Alles, was die Produktionskosten und die Kosten der Wirtschaft vermehre, müsse getan werden. Wenn die Reform der Umgemeindung dabei mitwirke, dann könne man das freundliche Verhalten in sich tragen, auch etwas zur Belebung der deutschen Industrie getan zu haben.

Nach Ablehnung der kommunistischen Änderungsanträge, die Landgemeinde Bergen nicht mit Vochum, sondern mit Herne zu vereinigen, nimmt das Haus die Umgemeindungsberichte nach den Ausschussbeschlüssen endgültig an.

Ohne Aussprache wird der Entwurf über die Verlängerung der Geltungsdauer des Polizeikostengesetzes angenommen.

Der Landtag vertagt sich auf Dienstag den 23. Februar. —

Die Jagd auf Sozialdemokraten.

Gegen den früheren Landrat des Kreises Franzburg in Vorpommern Bülow ist während seiner Amtszeit von der agrarischen Clique des Kreises ein Reststreifen veranfaßt worden, wie man es in diesem Umfang selbst in der nachrevolutionären Zeit kaum anderswo gefunden hat. Mit Bestechung und Beeinflussung jeder Art suchte man Zeugen gegen den unheimlichen sozialdemokratischen Landrat aufzutreiben, und es gibt kaum eine Bestimmung des Strafgesetzbuchs, deren Verletzung man ihn nicht bezeugt hätte. Nicht weniger als 18 Strafanzeigen sind gegen ihn eingereicht worden. Die Ermittlungen, die daraufhin angestellt wurden, blieben sämtlich ergebnislos.

Jetzt hat man neuerdings noch zwei weitere Verbrechen entdeckt, die Bülow begangen haben soll. Einmal wird er der „Antrene“ bezichtigt, zum andern des „Versicherungsbetrugs“. Die „Antrene“ soll darin bestehen, daß er als Vorsitzender der Kreispartei einmal eine Anweisung allein unterzeichnet habe, während jahresgemäß zwei Unterschriften erforderlich waren. Den Versicherungsbetrag erblickt man darin, daß Bülow angeblich den Wert seiner vericherten Wohnungseinrichtung zu hoch angegeben habe und daß er diesen zu hoch bemessenen Betrag in Anspruch nahm, als ihm eines Tages die Wohnung ausbrannte. Dem Chauffeur des Landrats, dem seine Mobilien auch verbrannt waren, wurde ein Prozeß wegen Versicherungsbetrugs gemacht, und er soll dabei angegeben haben, daß „auch der Landrat zu hoch verichert“ hätte.

Da Bülow inzwischen in den Reichstag eingetreten ist, so wurde jetzt die Aufhebung der Immunität verlangt, um ihm den Prozeß machen zu können. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags hat sich am Samstag mit den beiden Fällen beschäftigt. Trotzdem Bülow selbst den dringenden Wunsch auspricht, daß durch Aufhebung der Immunität ihm Gelegenheit gegeben werde, nachzuweisen, daß die Beschuldigungen haltlos sind, lehnte die Mehrheit des Ausschusses die Aufhebung der Immunität ab, soweit die angebliche „Antrene“ in Frage kommt. Dagegen beschloß eine andre Mehrheit im Falle des vermeintlichen Versicherungsbetrugs die Immunität aufzuheben und dem gerichtlichen Verfahren freien Lauf zu lassen. In diesem Falle waren die Vertreter der Mittelparteien der Meinung, daß es schon im Interesse des Ansehens eines Abgeordneten notwendig sei, ihm Gelegenheit zu geben, sich von den Vorwürfen zu reinigen.

Man darf annehmen, daß, wenn das Plenum des Reichstags dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses beitrifft, in dem Gerichtsverfahren gründlich die agrarisch-deutschnationale Verlogenheit festgelegt wird, die derartige Prozesse überhaupt möglich macht. Nach Bülows glaubwürdigen Mitteilungen ist die Höhe der Versicherungssumme gar nicht von ihm festgelegt worden, sondern auf Grund der Abschätzung durch zwei Vertreter der Versicherungsgesellschaft. Von einer strafbaren Heberverfälschung kann in diesem Fall überhaupt nicht die Rede sein. Der Prozeß ist augenscheinlich nur eingeleitet worden, um den sozialdemokratischen Landrat unmöglich zu machen.

Der Geschäftsordnungsausschuss hatte sich in der gleichen Sitzung auch wieder mit dem Falle Bruhn zu befassen. Bruhn ist wegen wiederholter Verleumdung eines Kaufmanns durch die Presse angeklagt. In einer früheren Sitzung hatte der Ausschuss beschlossen, die Immunität Bruhns aufzuheben, weil er die Verleumdungen in seiner „Wahrheit“ immer wiederholte. Das Plenum hatte aber die Angelegenheit der nochmaligen Prüfung an den Ausschuss zurückverwiesen, und jetzt beschloß dieser schließendlich, die Genehmigung zur Strafverfolgung zu verweigern. Bruhn darf also weiter jammern.

Auch gegen den jetzigen Reichsinnenminister Dr. Hüß lag ein Antrag vor, ihn zur Strafverfolgung wegen Verleumdung einer Person von Gerdorf freizugeben. Das hat der Ausschuss abgelehnt. —

Die Passion.

Roman von Klara Siebig.

(18. Fortsetzung.)

Es verriet sich Mutter Besich die Nähe; weil sie über-
dies als arme Hausfrau, die Zeit ihres Lebens in Tagelohn ge-
gangen war, meinte, hier ihr sei höchste Zeit, das Tagewerk zu
beginnen, sang sie immer früh an. Sie rief Eva aus dem Bett:
„Arbeits, arbeit!“ Und sie hätte so gern noch länger geschlafen.
Wenn sie aber nicht hörte, oder gar, als ob sie nicht hörte — sie
hatte es bald weg, sich wie eine im tiefsten Schlafe Liegende zu
halten — dann nahm Mutter Besich den Arm, der an ihrem
Bett lag, und schob ihn mit Gewalt nach dem andern Bett
hin. Dann wachte Eva über das Geräusch wach und die unzu-
fälligen Hände; für weiteres Schlafen war die Kameradin nicht.
Als Eva ihr einzeln auf Geheiß von Schwester Martha ein
frisches Handtuch wusch und eine andre Leinwand parat der,
die sie jetzt Boden trug, erob sie ein höchstes Geschick: nun
fragte sie wieder das hohe Kreuz, das sie noch immer zog,
frische Hände war weg. Ein Geräusch ging aus von dem
Bett in der Ecke die von einem dumpfen Ziegenstall. Wenn die
Besich ihre Hände nach den hochgewachsenen blauen Haaren
nach der Schlafenszeit ansah, daß die ihr einmal helfen
sollte, sich anzufassen, dann hielt Eva schon den Atem an. Sie
war nicht bereit, das hätte sie sich längst abgewöhnen müssen,
aber nun kämpfte sie mit Rebellien. Es war schrecklich, mit der
Händen in der kleinen Stube zu schlafen; aber jetzt war die ganz
and. Während im Hause beim Jochen zum Jahrestag, das
wäre ein merkwürdiger Ruhes gegeben, aber die Besich bekam
Schonung immer ein Mädchen mit ein paar Narben darin. Das
wäre bei sie dann mit ihren, nach ihrer Verurteilung, und mag-
ten sie wohl nie gepußt worden waren, noch ganz Jahren keine
Schmerzen ab, nahm ein Städchen in den Raum und nach ein
Schändchen schreie dazu. Das war der einzige Grund, den sie
nach im Leben hatte, und den wollte sie nun mit Eva teilen.
Sie nahm aus der abgewaschenen Stücken und setzte es Eva in
den Raum. Die wachte sich dann ganz langsam ab, spürte wieder
was, aber es schien sie hoch.

Wenn die Alte ihr Gott weiß was Gutes gegeben hätte,
Eva hätte es nicht eben können, abgesehen sie langsam war, oft
sich langsam. Es war langsam im Laufe. Das Nachmittags
war arm, sollte hier und da beschränken und hatte selber so gar
nicht. Es sollte hier und da selber erhalten durch die Sorgen,
die für einige Reparaturen gemacht werden, und durch die mü-

higen Gaben, die ihm zuflossen. Aber die floßen nicht, der
Pauer ist nicht mildtätig. Schwester Maria mußte viel schöne
Ketten machen, bis sie einem Hofbesitzer etwas abzwachte: einen
Zentner Kartoffeln, einen Sad Kern, Rüben oder eine kleine
Kuhre Holz. Als einmal ein Sad Erbsen, in die dem Pauer die
Rüden gekommen waren, dem Heim überliefert wurde, war der
Nabel groß: Erbsenuppe, diese Erbsenuppe, anfangt nur immer
Rüden und Kartoffeln durcheinander gesch. Evas Magen
kränkte sich, sie konnte diese Kost nicht vertragen.

„Ja, Eva“, sagte streng Schwester Martha. Sie war die
Andere- und Haushaltschweher, sie schenkte wie eine Magd,
während Schwester Maria den Dienst nach außen versah und
nebenbei für das geistige Wohl der ihr im Dorf oder hier im
Heim Invertrauten sorgte. „Ja“, Schwester Martha konnte es
daraus nicht vertragen, wenn an der guten Gottesgabe, wie sie
sagte, gemäkelt wurde.

Und Eva mäkelte beständig. Das heißt, sie sagte nichts,
aber sie legte, während die andere immer aßen, gleich den Löffel
hin. Jeder Löffel war ihr schon zuviel, ein Anlauf stieg aus
ihr Brust auf und quoll ihr in die Kehle. Aber aus Angst vor
der Schwester nahm sie den Löffel wieder auf, würgte sich das
Einen hinunter, bis sie dranssen ausstüßen mußte, als sollte das
Jenerie herans.

War es ein Wunder, daß Eva mager wurde, viel magerer,
als sie hierher gekommen war? Aber sie hätte um alles in der
Welt nichts davon an den Pauer geschrieben; sie schrieb an ihn:
„Ich werde frisch und rund.“ Und an Frau Leffel hätte sie es
auch nicht geschrieben. Die hatte sie doch hierher geschickt, die
wäre sie für unanständig gehalten, wenn sie gleich anfangs sagte.
Und Tante Eva konnte sie nicht den Trübsinn. Was sie die
hatte, noch immer nicht trübsinnig rauh war, daß sie jetzt
in etwas wie ein Hungergefühl mit sich herumtrug, etwas, was
sie ganz ausblöhte machte? Die andere im Hause hatten alle
wenig Boden, die beiden Schweher, sie fünfzehn Kinder, die von
ihren Müttern, die die auf ihren gingen, morgens hergebracht
wurden; selbst die drei alten Männer, die nebst der Besich hier
ihre Tage beschließen sollten, hatten ein gutes Aussehen.

Das leere Gefühl in Eva wurde nach und nach so ausbleich,
und das Essen hier konnte sie beim besten Willen nicht vertragen,
daß sie nie einen Anlauf verspürte. Geld, das sie sich selber hätte
eines laufen können, beschloß sie nicht, aber sie ging jeden Morgen
Rück holen im Dorfe, die Rück für die Kinder und für die
Alten. Rück, bei Rück! Wenn sie sah, wie die Bäuerin ihr
aus dem Eimer, darunter es so fett, so frisch gemagten schäumte,

Die Menterei der Admirale.

Die Todesfahrt der deutschen Seeflotte
im Jahre 1918, deren Verhinderung durch die Matrosen und
den Waffenstillstand immer als der Dolchstoß in den Rücken
der deutschen Flotte ausgelegt wird, hätte, wie jetzt feststeht,
zu einer katastrophalen Niederlage der deutschen Seemacht
führen müssen. Ein bedeutender englischer Marinefachmann,
Maurice Prendergast, der in den Jahren 1916 bis 1921
das Flottenhandbuch „Fighting Ships“ herausgab, bestätigt
in einem Briefe an die „Daily News“ diese Tatsache in einer
so verblüffender Weise, daß man sich nur wundern muß,
wie wenig unterrichtet die deutsche Admiralität über die
Gegenmaßnahmen der englischen Seeführer war.

Schon vorher hatte man außer durch die Spionage
durch die Veröffentlichung einer holländischen Zeitung den
deutschen Angriffsplan erfahren. Experimente,
die im Lager der Entente über die Möglichkeit eines
deutschen Angriffs gemacht wurden, bestätigten die Auf-
fassung weitgehend. Die Hauptfrage aber war folgendes:

Zwischen April und August 1918 merkten die Engländer
die Anlage des großen Minenfeldes in der Höhe des Firth
of Tay. Der großzügig angelegte Versuch, hier eine riesige
Minenfalle zu legen, wurde von den Engländern erkannt.
Ausgeführt wurde er durch Tauchboote, die fortgesetzt je
30 Minen herbeischleppten und sofort zur Aufnahme neuer
Ladung zurückführten. Jedesmal wenn ein neuer Schub an-
kam, arbeiteten aber sofort wieder die englischen
Minen sucher, die in einer Zahl von nicht weniger als
60 angelegt waren und nach der Angabe des englischen Fach-
mannes pront die Minen wieder herausfischten.

Als nun Ende Oktober das Minenlegen aufhörte, mußte
man die Vorbereitungen als beendet ansehen. Da merkte
man auch schon, was die Engländer ebenfalls erwartet
hatten, daß nämlich Gruppen deutscher Unterseeboote sich
als „Torpedoneier“ östlich des vermeintlichen großen
Minenfeldes sammelten. Minen und Unterseeboote sollten
also zusammenwirken. Die Minen waren aber bereits auf-
gefischt und ob die Unterseeboote es so gründlich geschafft
hätten, das muß wohl der deutschen Admiralität selbst
zweifelsfrei gewesen sein, sonst hätte sie ja die Minen nicht
legen lassen! Die Engländer haben natürlich ihr Wissen
sorgfältig geheimgehalten. Die deutsche Admiralität
hat aber nichts gemerkt und wäre bei einem Ver-
suche, die feindliche Flotte ins Minenfeld zu locken, wahr-
scheinlich vollkommen vernichtet worden. Prender-
gast schreibt schließlich:

Der Reichstagsausschuss sollte den deutschen Matrosen,
die durch Menterei die letzte Ausfahrt der Hochseeflotte ver-
hinderten, wirklich dankbar sein. Denn wenn die Mann-
schaften nicht gementert hätten und wenn die deutsche Flotte
ihren Angriffsplan durchgeführt hätte, würde der Untersuchungs-
ausschuss die nächsten zwanzig Jahre dem Versuch widmen
müssen, herauszubringen, warum die deutsche Flotte im Novem-
ber 1918 eine der verheerendsten Katastrophen er-
litten habe, die je in der Seefriegsgeschichte zu verzeichnen war.

Diese Vermutung läßt sich nicht von der Hand weisen,
da die Kampfkraft der deutschen Flotte im Oktober 1918
sicherlich nicht wesentlich stärker war als bei der Schlacht am
Tagerrath, so daß die viel zahlreichere englische Flotte nicht
viel zu fürchten gehabt haben würde. Mit Recht bemerkt
die „Neue Züricher Zeitung“, der wir die Angaben ent-
nehmen, dazu:

Die Darstellung Prendergasts enthält die meiste-
lichen Dispositionen der britischen Admiralität,
die den letzten Zug der deutschen Flotte nach menschlicher Vor-
sicht zu einer „Todesfahrt“ geordnet hätten und bedeutet
einen unerschöpflichen Beitrag gegen die Dolchstoß-
legende, der hoffentlich in Deutschland nicht unbeachtet
bleibt.

Er wird nicht unbeachtet bleiben! Was aber werden die
wildgewordenen Führer der kaiserlichen Marine, die heute
in Dolchstoßflüge reisen und sich im Lichte des englischen
Kritikers als hoffnungslos unfähige Führer darstellen, zu
diesen Mitteilungen sagen? Sie werden weiter murmeln:
„Dolchstoß der Matrosen.“ Und aus jedem Giel heraus wird
es auch ferner als Echo erschallen: „S-M! S-M.“ —

in ihre Wochstanne füllte, kam es sie an wie Bier. Wenn sie
doch von dieser frischen Milch trinken könnte! Aber sie und die
Schweher tranken ihren Kaffee ohne Milch, die war selbst hier
im Dorfe zu teuer.

Der Morgenwind, der in Stößen über die Ackerbreiten fuhr
und aus der Weite etwas von feuchtem Seewind mit sich brachte,
wehte die schwache Gestalt, die notdürftig in ein altes graues
Tuch eingehüllt war, hinter die Hecken. Die waren noch nicht
begrünt, aber sie schückten doch. Im schmalen Heckenweg jogte
Eva die Kanne an und tat einen tüchtigen Zug. Sie war dann
selber erschrocken, wie viel sie getrunken hatte. Was würde
Schweher Martha nun sagen? Sie war in Wangen. Es half
nicht, sie mußte das fehlende ersetzen, sie füllte mit Wasser nach.
Und so Tag für Tag.

„Ich weiß nicht, wie das kommt, die Milch wird immer
miserabler“, sagte Schwester Martha. „Früher war sie so fett,
ich konnte noch immer etwas Wasser zusetzen, jetzt ist sie so jenes
ganz hülidlich!“

Schwester Maria wurde ausgehört, sich beklagen. In
ihrer demütig ergebenden Art machte sie der Bäuerin einige Vor-
würfe, aber von einer Verschlechterung der Milch wollte sie
nichts wissen. Wenn auch die Kühe jetzt noch kein Grünkraut
hatten, Heu und Kleie waren noch genug da. Die Milch war gut.

Als Eva das nächste Mal mit ihrer Wochstanne kam, sah
die Frau sie sehr an; sie hatte oft schon bemerkt, wie gierig
das Mädchen zuhört. „Säufst Du auch von der Milch un-
was, plumpert Wasser nach? Laß dat bliemen!“ Sie hob den
Finger.

Aber Eva verneinte empört: wie konnte man von ihr nur
so etwas denken? Sie meinte sie sich schuldig fühlte, denn es
regter wies sie die Beschuldigung zurück.

„No, dann wird die Schweher wohl selber taufen. Sieh
einer an, die frommen!“ Nun war es an der Bäuerin, empört
zu sein.

Eva, die innerlich gequält hatte, war froh, dies aufzureißen
zu können, sie ließ die Beschuldigung auf Schwester Martha
stehen. Aber als ihr die am Abend, gutmütig wie sie war, und
weil Eva heute gar nichts gegeben hatte, einen Schuß übrige
gebliebener Milch in die Fingerringe tauf, war sie sehr gedrück-
t. War es nicht traurig, daß man, um einen Schluß Milch, nachden-
lich mehr aus der Kanne zu trinken — aber würde sie das halten
können?!

(Fortsetzung folgt.)

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 10. Februar 1926.

Gegen schwarzweihrote Pfaffen.

Die ersten Bibelforscher hielten an vier Abenden im „Mittelpalast“ öffentliche Vorträge ab, in denen sie ein sogenanntes „Photo-Drama der Schöpfung“ vorführten.

Interessant war bei diesen Vorträgen, wie die Bibelforscher die Bibel mit der Naturwissenschaft in Einklang zu bringen versuchen. Sie sagen die Schöpfungstage der Bibel seien Entwicklungsperioden der Erde und zeigten dann Lichtbilder, die diese verschiedenen Entwicklungsperioden verdeutlichen.

Eine Bewegung, die viermal kurz hintereinander den größten Saal Magdeburgs füllte, wie er nur bei wichtigen Ereignissen — und dann nur einmal — gefüllt wird, ist nicht eine Zufallserscheinung. Sie kann nur begriffen werden aus der Gegenwart heraus, die ungeheuren Scharen von Menschen jeglichen Lebensalters in einen Tanzsaal und versuchen auf ihre Art fertig zu werden mit Widerprüchen zwischen scheinbar geregelter Vergangenheit und chaotischer Gegenwart.

Man will keine Lösung der Schwierigkeiten, keinen Kampf, keine Entscheidung, nur Trost. Über diese einfachen Wünsche zu erfüllen vermag die Kirche, besonders die protestantische, nicht mehr.

Die Größe der Bibelforscherbewegung ist ein Zeichen für die Größe der Beschränktheit des protestantischen Pfaffenraums. —

Personalabbau in den Gemeinden.

In letzter Zeit wird öfter behauptet, die Gemeinden hätten nicht genügend Personal angebaut, ohne daß ein entsprechender Nachweis gebracht wird. Es wird besonders übersehen, daß schon am 13. Mai 1925 der preussische Finanzminister im Landtage zu der Frage des Personalabbaues Stellung genommen hat.

Diese Zahlen erhalten erst ihre volle Bedeutung, wenn man die entsprechenden Zahlen aus dem Reich gegenüberstellt. Nach der Ergänzung zur Denkschrift über den Personalabbau, die vom Reichsfinanzminister unter dem 10. Januar 1925 dem Reichstag übergeben wurde, betrug die Abzugsziffer beim Reich einschließlich Reichspost und Reichsdruckerei 18,9 v. H., wobei die Zahl der Hilfsangestellten mit einbegriffen ist.

Diese Gesamtziffern können natürlich nicht in voller Deutlichkeit zeigen, wie der Abbau in einzelnen durchgeführt worden ist und es ist deshalb zu begrüßen, daß in den „Berliner Wirtschaftsberichten“ der Personalabbaubegleiter des Magistrats Berlin einmal eine genaue Aufstellung über die Durchführung des Personalabbaues in Berlin gebracht hat.

Wohnungsmangel in den Großstädten.

Der Preussische Städtetag hat versucht, durch eine statistische Erhebung bei den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern auf breiterer, auch auf die Reichsverhältnisse übertragbarer Grundlage ein Bild von dem Umfang des Wohnungsbedarfs in den Städten zu gewinnen.

Im Einzelnen ergeben sich die folgenden Zahlen: in Köln verbleibt ein gegenwärtiger Wohnungsbedarf von 3700, in Breslau von 11 500, in Essen von 4000, in Düsseldorf von 6800, in Hannover von 14 200, in Dortmund von 5900, in Magdeburg

Die Steuerbelastung der preussischen Städte

Die vom Preussischen Städtetag veranlaßte Zusammenstellung der Haushaltsvoranschläge aller preussischen Städte mit über 20 000 Einwohnern für das Haushaltsjahr 1925 ist ein außerordentlich interessantes Dokument und für das Studium und die Erkenntnis der kommunalen Steuer- und Finanzverhältnisse sehr wertvoll.

Die durchschnittliche Belastung beträgt auf den Kopf der Bevölkerung (immer einschließlich der Hauszinssteuer für Bauzwecke) 63,1 Mark. Diese durchschnittliche Belastung wird aber keineswegs von allen Städten erreicht.

Die durchschnittliche Belastung beträgt auf den Kopf der Bevölkerung (immer einschließlich der Hauszinssteuer für Bauzwecke) 63,1 Mark. Diese durchschnittliche Belastung wird aber keineswegs von allen Städten erreicht.

Die durchschnittliche Belastung beträgt auf den Kopf der Bevölkerung (immer einschließlich der Hauszinssteuer für Bauzwecke) 63,1 Mark. Diese durchschnittliche Belastung wird aber keineswegs von allen Städten erreicht.

von 5400, in Königsberg von 6100, in Stettin von 4700, in Kiel von 3300, in Halle von 7600, in Barmen von 2400, in Kassel von 5200, in Bochum von 2800, in Aachen von 2200, in Hameln von 4200, in Wilhelm a. d. R. von 1800, in M.-Gladbach von 3100, in Oberhausen von 1800 und in Buer von 900 Wohnungen.

Eine zweite Rundfrage hat der Preussische Städtetag an die preussischen Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern über das örtliche Gesamtaufkommen an Hauszinssteuer, den geschätzten für den Wohnungsbau bestimmten Anteil dieses Aufkommens, die Abführungen aus den einzelnen Städten an den Staat und endlich die aus Staatsmitteln an die Städte bewirkten Ueberweisungen für 1925 gerichtet.

Danach hatte 1925 Berlin ein örtliches Gesamtaufkommen an Hauszinssteuer in Höhe von 230 Millionen Mark. In 19 preussischen Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern belief sich 1925 das Aufkommen der Hauszinssteuer auf insgesamt 139 849 000 Mark.

Bei Betrachtung dieser Tabelle springen nach den Mitteilungen des deutschen Städtetages zwei Tatsachen ins Auge: die Abgang der für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuerermittel aus den größeren Städten zugunsten anderer Stellen, die mit diesen Mitteln bedacht werden, und zweitens das überaus problematische der Verteilung des „Ausgleichsfonds“, dessen Verwendung — nach unbekanntem Maßstäben — ganz dem staatsbedürftlichen Ermessen vorbehalten ist.

Sozialdemokratische Partei.

Mitglieder, besucht die Mitgliederversammlungen! Besitzt Stimmrecht. Besitzt Stimmrecht. Besitzt Stimmrecht.

Die Generalversammlung findet am Montag den 15. Februar, abends 8 Uhr, im „Mittelpalast“ statt.

Der Rückgang der Schülerzahl.

Wie sich der Geburtenausfall des Krieges 1870/71 noch heute in der Pyramide des Altersaufbaues der Bevölkerung auswirkt, so wird auch der Geburtenausfall der Kriegsjahre 1915—19 sich in verschiedenen Weisen auswirken.

Matibor, 900 Prozent in Boerde und Quechlinburg, 1000 Prozent in Mherleben ufm.

Die höchsten Steuererträge haben nach der vorliegenden Statistik die Gemeinden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Das kommt auch in der starken Anspannung der Lohnsummensteuer zum Ausdruck, die in Duer, Bottrop, Gladbeck, Recklinghausen und phantastischen Satz von 5000 Prozent erreicht.

Die Schwere der Belastung kommt auch bei den Zuschlägen zur staatlichen Grundvermögenssteuer zum Ausdruck. Zuschläge von 200 Prozent sind an der Tagesordnung.

Verhältnismäßig wenig Gebrauch haben die Städte von der Möglichkeit eines 100prozentigen Hauszinssteuerausgleichs für Finanzzwecke gemacht.

Umgekehrt zeigt sich die starke Bevorgung der kleineren Städte in der Verteilung der Hauszinssteuer für finanzielle Zwecke aus der allgemeinen Verteilung der Betrag von 3,4 Mark betruant, bei den übrigen Großstädten ein Betrag von 4,4 Mark, bei den beiden anderen Gruppen ein Betrag von 4,4 bzw. 5,1 Mark.

Wenn die vorliegende Zusammenstellung des Preussischen Städtetages auch leider nur die Voranschläge für 1925 umfaßt, so zeigt doch bereits diese Statistik, daß eine Ueberfüllung der kommunalen Finanzen keineswegs ohne Interesse ist.

Das Statistische Reichsamt hat in „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 9, Jahrgang 1921, eine Berechnung über den Zugang an Schulkindern in den deutschen Schulen für die Jahre 1920 bis 1927 veröffentlicht.

Table with 2 columns: Year (1920-1927) and Number of children. 1920: 1 317 509, 1921: 1 234 528, 1922: 808 623, 1923: 721 011, 1924: 654 173, 1925: 700 169, 1926: 1 318 043, 1927: 1 278 913

Die weitreichendste Wirkung im gesamten Schulwesen wird dieser Rückgang haben, wenn die 4 Jahrgänge mit den niedrigsten Kinderzahlen, also die Jahrgänge 1922 bis 1925, gleichzeitig zur Schule gehen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Magdeburg.

Mitgliederbestand 30. Januar 1926: 32 983 m. 28 105 w. zuz. 61 088

Eingetretene Wochenhilfsfälle wurden im Laufe der Woche insgesamt 42 (54) gemeldet.

Die „Tribüne“ gegen das „Freie Volk“. Die Redaktion der „Tribüne“ hat sich auch den Film „Freies Volk“ angeeignet. Sie ist aber durchaus nicht damit einverstanden und legt gewaltig los gegen den Film, der nur eine Reklame sei für die Republik und für die reformirijischen Gewerkschaftsführer.

Das wäre doch so etwas wie „Klassenkampf“. Die „Tribüne“ muß zwar zugeben, daß Verfasser und Regisseur „mitten hinein in das brodelnde Leben“ faßen und soziale Gegensätze und Kämpfe podend darstellen, aber es fehlt eben der historische Hintergrund.

Politische Aussprache der Demokraten. Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltet am Sonntag den 14. Februar, vormittags 11 Uhr, in der „Freundschaft“, Prälatenstraße 32, eine große politische Aussprache. Die Abgeordneten Staatspräsident a. D. Dr. H. v. M. u. d. N., und Oberstudienrat Dr. Dr. H. v. M. u. d. N., sprechen über die politische und wirtschaftliche Lage. Gäste willkommen.

Generalversammlung der Arbeiterkameraden. Am Freitag abend 7 1/2 Uhr findet bei Brunow, Braunschweigstraße, die Generalversammlung des Arbeiterkameradenbundes statt, auf die wir hinweisen.

Der größte Sportfilm. Der Film „Die neue Großmacht“, der auf der ersten Weltolympiade der Arbeiterportbewegung in Frankfurt a. M. gedreht wurde, läuft in Magdeburg am 15., 18. und 21. Februar im „Krisitallpalast“. Das Arbeiterportkartell hat diese Filmvorführungen arrangiert, weil sich die Lichtspieltheater nicht entschließen konnten, aus eigenem Antrieb das Filmbild nach Magdeburg zu bringen. Leider lassen sich die Vorführungen nicht in die einzelnen Stadtteile verlegen, weil die dortigen Lokale den politischen Vorschriften für Kinovorführungen nicht entsprechen. Am 15. und 18. Februar beginnen die Vorstellungen um 8 Uhr abends, am Sonntag den 21. Februar läuft der Film zweimal, nachmittags 4 Uhr und abends 7 Uhr. Eintrittskarten im Vorverkauf 60 Pf., an der Kasse 70 Pf. Vorverkaufsstellen sind folgende Konjunkturvereine, die Filialen des Fahrradhauses Friedrichs und die Buchhandlung Volksstimme.

Weiterer Niedergang des Trinkbranntweinverbrauchs. Anlässlich einer Sitzung des Rates der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein, die am 26. Januar d. J. stattfand, wurden von dieser die neuesten Ziffern für den Abfall an Branntwein zu den verschiedenen Zwecken bekanntgegeben. Für die Öffentlichkeit dürfte es von besonderem Interesse sein, daß der Abfall für Trinkzwecke in den drei Monaten Oktober bis Dezember 1925, also in der Jahreszeit, in der sich das Hauptgeschäft abzuwickeln pflegt, 151 000 Hektoliter betrug gegenüber 197 000 Hektoliter in der gleichen Zeit des Vorjahres. Allerdings hat sich gleichzeitig die Erzeugung der dem Monopol nicht angehörenden ablieferungsreifen Branntweine etwas erhöht. Aber selbst wenn man sie noch einschließt, ergibt sich doch ein Abfall von 209 000 Hektolitern im letzten Quartal 1924 auf 177 000 Hektolitern in der gleichen Zeit des Jahres 1925, also eine Minderung von 32 000 Hektolitern oder rund 15 Prozent.

Anmeldung von Anleiheablosungen bis 28. Februar. Die Frist für die Anmeldung der Reichsanleihen (Kriegsanleihe, preussische Staatsanleihe usw.) alten Bestandes zur Ablosung läuft am 28. Februar d. J. ab. Die Ablosung ist ausschließlich durch eine Vermittlungsstelle, d. h. eine Bank, Sparkasse, Kreditgenossenschaft oder durch eine sonstige Geldanstalt im Sinne des § 9 der Durchführungsvorschriften vom 8. September 1925 geltend zu machen. Damit den Vermittlungsstellen (Banken usw.) genügend Zeit für die Bearbeitung der Anträge verbleibt, empfiehlt es sich, mit dem Einreichen der Anträge nicht bis zu den letzten Tagen der Frist zu warten. Anleiheablosungen, die die Frist für die Anmeldung veräumen, verlieren das Recht, an der Tilgung der Anleiheablosungsschuld teilzunehmen (Auslosungsrecht) und das Recht auf die Vorkzugsrente.

Das Schulgeld ist fällig. Die Frist zur Zahlung des Schulgeldes für die nächsten höheren Lehranstalten, Mittel- und Volksschulen läuft mit dem 17. d. M. ab. Nach Ablauf der Frist wird das Schulgeld nebst Verzugszinsen und Gebühren unbenutzlich zwangsweise beigetrieben werden.

Der Abbau der privaten Volksschulen. Wie der „Anteil der Preussische Presse“ mitteilt, haben sich die Vertreter der Unterrichtsverwaltungen der Länder über den durch § 2 des Grundschulgesetzes vom 28. April 1920 reichsweitlich vorgezeichneten Abbau der privaten Volksschulen und Volksschulklassen verständigt und hierüber Richtlinien vereinbart, die der preussische Unterrichtsminister nach Anhörung des Staatsrats bekanntgeben wird. Aus ihnen ist hervorzuheben, daß die Schulen 1926 zum letztenmal in die dann noch bestehenden privaten Schulen Schulmengen aufgenommen werden dürfen, und daß von Ostern 1927 an der Abbau, und zwar grundsätzlich schrittweise, derart durchgeführt werden muß, daß er der gesetzlichen Vorschrift gemäß zu Ostern 1929 überall durchgeführt ist.

Der vorzeitige Übergang von der Grundschule. Zur Verminderung der Schulverweilzeit, die sich am Ostern des vorangehenden Jahres aus der verspäteten Abschließung des Reichsschulgesetzes vom 18. April 1925 betreffend den Lehrgang der Grundschule ergeben haben, sind von den Unterrichtsverwaltungen der Länder die Richtlinien zur Durchführung dieses Gesetzes vereinbart worden, denen der preussische Unterrichtsminister nach Anhörung des Staatsrats zugestimmt hat. Wie der „Anteil der Preussische Presse“ hierzu mitteilt, wird in den Richtlinien unter Verweisung der grundsätzlich vierjährigen Dauer der Grundschule erachtet hervorgehoben, daß Zweck und Ziel des Gesetzes von 1925 lediglich ist, dem im Einzelfalle mit Zustimmung der Schulinspektorenbehörde zu berücksichtigenden, besonders leistungsfähigen Schülern den vorzeitigen Übergang auf eine mittlere oder höhere Schule zu ermöglichen. Unter den besonders leistungsfähigen Schülern sind solche Schüler und Schülerinnen zu verstehen, deren geistige und körperliche Veranlagung und deren Schulleistungen bestimmt erwarten lassen, daß sie über das Ziel ihrer Klasse hinaus ohne Überbeanspruchung ihrer Kräfte im Interesse der nächst höheren Alters- und Klassenstufe auf die Dauer mit guten Schülern, die den ordentlichen Bildungsgang durchlaufen haben, Schritt halten können. Für die Feststellung der besonders leistungsfähigen sind eigene Bestimmungen getroffen.

Zahlung der Zinsrate an Kriegskriegskriegskrieg. Da der 14. Februar auf einen Sonntag fällt, verschiebt sich die Zahlung der Zinsrate um einen Tag. Es erhalten Empfängerberechtigte, die am 14. jedes Monats die Zinsrate empfangen, am 15. Februar, die sonst am 15. des Monats die Zinsrate empfangen, am 16. Februar ihre Zinsrate. Um Zahlungserleichterungen zu bewirken, müssen diese Termine pünktlich eingehalten werden.

Das Fische geschlagen. In der Brückstraße wurde der Sanjager Z. von seinem Pferde so unglücklich gegen das Antie geschlagen, daß er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Sein Küster mußte die Fische allein fortziehen.

Einmal Kaffee erhit heute wieder der Heizer Hermann J. in der Kasse, wobei der Beschäftigte einer Beschäftigten mit dem Namen J. um 6 bis 8 Stunden Koffein auf den Kopf und jetzt eine Kaffeebohne. Der Verunglückte stürzte zu Boden und zog sich eine schwere Verletzung an der Stirn zu. Der Schaden wurde durch die Krankenkasse gedeckt.

Strampfen. Am Dienstag stürzte infolge der Glätte auf der Straße der Kaufmann J. vom Pferd, wobei er sich eine schwere Verletzung an der Stirn zuzog.

Kaffee bei der Arbeit. Der Arbeiter Friedrich G. wohnt bei der Straße 2, fiel am Dienstag nachmittags bei der Arbeit auf dem Grund des Konjunkturvereins in der Kasse der Straße in den Fußboden und zog sich eine schwere Verletzung an der Stirn zu. G. wurde dem Krankenhaus gebracht.

Kaffee. Die Ehefrau Frieda G. wohnt bei der Straße 2, fiel am Dienstag nachmittags in der Kasse der Straße in den Fußboden und zog sich eine schwere Verletzung an der Stirn zu. G. wurde dem Krankenhaus gebracht.

Seht euch den Film an

Freies Volk

Vierus-Lichtspiele

Walter-Rathenau-Straße.

Mit dem Rabe gestürzt. Als er einem entgegenkommenden Auto ausweichen wollte, fuhr der Handwerker R. in der Steinstraße mit seinem Rabe so unglücklich gegen den Bordstein, daß er stürzte und den linken Unterarm brach. Von Passanten wurde er in seine nahegelegene Wohnung geführt.

Landesdiebstahl. In der Zeit vom 6. bis 8. Februar wurden aus einer Gartenlaube am Rennetal ein Zentner Roggen und eine Baumrinde gestohlen. Sachdienliche Mitteilungen erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 260 oder 263.

Festgenommen wurde der Arbeiter Johannes D., am 4. November 1904 in Halle a. d. S. geboren. Dieser hat am 2. Februar nachmittags in dem Hause Breiter Weg 218 gebettelt und als ihm nichts verabsolgt wurde, aus Rache von den Wohnungstüren die Kapseln zur Klingelleitung entwendet. Es wird angenommen, daß der Festgenommene auch noch in anderen Häusern derartige Sachbeschädigungen vorgenommen hat. Etwas Geld gebührt wollen sich im Polizeipräsidium, Kriminaldirektion, Zimmer 257 oder Kriminalbauereidienst, Zimmer 263, melden.

Wohnungsdiebstahl. In der Zeit vom 18. 1. bis 28. 1. sind aus einer Wohnung in der Wilhelm-Robert-Straße folgende Sachen gestohlen: ein goldenes Gliederarmband, gestempelt 585, eine goldene dünne Halskette mit Anhänger mit drei Steinchen und Brillantplättchen besetzt, eine goldene Damenuhr, auf dem Hinterdeckel „J. S.“ graviert, zwei goldene Damenringe mit Steinchen, eine goldene Kette, eine goldene Kette. Sachdienliche Mitteilungen erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 266 oder 263.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung Ostern. Am Freitag den 12. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung sämtlicher Radfahrer der Abteilung bei Dorndorf.
Abteilung West. Am Freitag abend 8 Uhr Versammlung im „Wilhelmspark“. Erscheinen ist Pflicht eines jeden Kameraden.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Ausstellung: Alte und neue Goethe- und Schiller-Bildnisse bei Heinrichshofen. Eintritt frei.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Internationale Eisenbahnerkonferenz. Die Eisenbahnsektion der Internationalen Transportarbeiter-Föderation wird am 30. und 31. März in Amsterdamb Internationale Konferenz des Aufsicht- und Verwaltungspersonals abhalten. Behandelt werden u. a. folgende Fragen: Die Organisation des Aufsicht- und Verwaltungspersonals und der übrigen Eisenbahner in den verschiedenen Ländern. Die Entwicklung der Organisationen des Aufsicht- und Verwaltungspersonals im Kampfe um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und im allgemeinen Kampfe der Arbeiterklasse. Die Aufgabe der höchsten Beamten im Kampfe um das Mitbestimmungsrecht und für die Sozialisierung des Eisenbahnbetriebs.

Schlichtungsverhandlungen im Handwerke. Für den am 3. Februar für das Handwerke gefällten Schlichtungsbericht ist die Schlichtungsstelle beauftragt worden. Die Verhandlungen hierüber finden am Sonnabend den 13. Februar, unter Vorsitz des Ministerialrats Meves im Reichsarbeitsministerium statt.

Streik auf einem deutschen Konzeptionsbetrieb in Rußland. Die das sowjetrussische Wirtschaftsorgan „Ekononijestaja Schin“ vom 27. Januar mitteilt, sind Anfang Januar bei der Wolgograd-Konzepcionsgesellschaft, die deutschen Konzeptionären gehörig, 2000 Arbeiter in den Ausstand getreten, darunter 1000 Mitglieder der Gewerkschaft. Die Ursache des Streiks war die nicht rechtzeitige Auszahlung der Löhne und die niedrigen Lohnsätze. Der Streik wurde — ein jenseitiger Fall in Sowjetrußland! — von der Gewerkschaft selbst geleitet. Nach dreiwöchiger Dauer des Ausstandes erklärten sich die Unternehmer zum Nachgeben bereit, und am 26. Januar wurde ein zeitweiliger Vertrag abgeschlossen, nach dem die Löhne erhöht werden sollen.

Du hast noch nicht zum Kampfbund für das Volksgesetz gezeichnet! Komme Deiner Verpflichtung sofort nach. — Beiträge kannst du zeichnen bei allen Vertrauensmännern und im Parteisekretariat, Große Ringstraße 3.

Aus den Gerichtssälen.

Abermals Passfälschungen in Magdeburg.

Vor einiger Zeit berichteten wir über die Passfälschungen des Polizeisekretärs Hünge, der in Verbindung mit russischen Emigranten vor allem an russische Abespersonen und Leute von jüdischer Race anstellte und deswegen vom Schöffengericht zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde. Die von Hünge eingeleitete Verurteilung wurde verworfen, da das Verurteilungsgericht der Auffassung des Vorderrichters beitrug. Am Montag hatten sich vor dem erweiterten Schöffengericht abermals drei Polizeibeamte wegen Passfälschung zu verantworten. Die Verhandlung hatte schon einmal angefaßt, wurde aber wegen Versäumnisses eines wichtigen Zeugen vertagt. Auf der Anklagebank nahmen diesmal Platz: der Polizeikommissar Karl Wagner, der Polizeikommissar Hünge, der Polizeioberinspektor Mann und der Handelsmann Simon Lerner.

Die Verhandlung steht zum Teil in Verbindung mit den Straftaten des abgeurteilten Hünge. Durch die Fälschungen des Hünge war Magdeburg in den Ruf einer Passfälscherzentrale gekommen. In Berlin war unter den Leuten, die möglichst schnell einen Pass oder eine Einreiseerlaubnis brauchten, die Meinung verbreitet, daß man in Magdeburg beides nicht nur auf schnellstem Wege, sondern auch zu angemessenen Preisen bekomme. Die Berliner Kriminalpolizei fand auf dem Standpunkt, daß die Passfälschungen in Magdeburg auch nicht anfordern, als Hünge langst von seinem Amte entlassen war. Sie bedienten sich deshalb eines Polizeipostens, des polnischen Juden Koru, der von dem Kriminalkommissar Heammers (Berlin) den Auftrag bekam, in Magdeburg festzusetzen, in welcher Art man dort zu Einreiseerlaubnissen kommen konnte. Der Polizeipostens erfuhr in Magdeburg durch Jassall die Adresse des gleichfalls aus Polen gebürtigen Lerner, mit dem er wegen

Ausstellung einer Einreiseerlaubnis in das Reich in Verbindung trat. Lerner erklärte bei der ersten Interrogation, daß er das nicht kann, jedoch aber dann

noch einige Zeit später, daß das „Geschäft“ zu machen sei, wenn Korn persönlich noch einmal nach Magdeburg käme. Lerner hatte inzwischen mit dem Polizeibeamten Wagner, den er von früher her schon kannte, Verbindung angeknüpft und dem Beamten angeboten, eine Kneiptour mit ihm zu unternehmen. Wagner, der wollte, daß gegen Lerner ein Ausweisungsverfahren geschmiedet hätte, lehnte dieses Ansuchen zunächst ab, ließ sich aber dann doch breitschlagen und suchte mit Lerner eine Kneipe auf, in der auch der Berliner Polizeipostens Korn anwesend war. Korn markierte dort den vornehmen Herrn, erzählte, er sei der Sohn reicher Leute, ließ Bier, Sekt, Wein und Zigarren aufstücken und tat so, als ob er das Geld auf der Straße fände.

Da in dem Lokal, in dem die drei Leute saßen, zufällig eine Verammlung der Polizeibeamten tagte, in der auch der Angeklagte Hünge zugegen war, ließ sich Hünge dazu verleiten, auch an dem Gelage der drei teilzunehmen. Das wurde schließlich auch Hünge zum Verhängnis. Die aufgeschwungene Freundschaft benutzte Lerner, um Wagner dafür zu gewinnen, für einen Verwandten des Korn, der in Rattowitz lebte, eine Einreiseerlaubnis in das besetzte Gebiet zu besorgen. Wagner fand zunächst das Ansuchen ungehörig, beharrte aber leider nicht auf diesem Standpunkt, sondern ließ sich später gewinnen, die Einreiseerlaubnis ausstellen zu lassen. Er fertigte zu diesem Zwecke eigenhändig eine Auskunft des Einwohnermeldebeamten und des ausländischen Polizeirevisors aus, unterschrieb diese widerrechtlich mit seinem Namen und trat dann mit Hünge in Verbindung, der

früher im Passbureau tätig

war und in diesen Angelegenheiten mehr Erfahrung besaß. Hünge war sofort bereit, das Gewünschte zu erledigen, brauchte aber dazu noch den gleichfalls mit angeklagten Polizeioberinspektor Mann, der Vorsteher des Passamtes war. Mann setzte in die Angaben des Hünge volles Vertrauen und war mit der Ausstellung der Einreiseerlaubnis einverstanden, vorausgesetzt, daß Hünge die notwendigen Formalitäten ordnungsgemäß erledigte. Damit hatten Wagner und Hünge ihr Ziel erreicht. Sie nutzten die Gutgläubigkeit des Mann aus und übergaben dem Lerner die gewünschte Einreiseerlaubnis. Als Entschädigung dafür hatte Hünge 100 Mark erhalten, die er aber rein zufällig auf einem Aktenschild gefunden haben will. Er gibt zu, schon damals gehnt zu haben, daß das Geld von Lerner stamme. Lerner übergab die Einreiseerlaubnis seinem „Freunde“ Korn, von dem er dafür 800 Mark erhalten hatte und glaubte, nun sei die Geschichte für ihn erledigt.

Korn telegraphierte nach Erhalt der Einreiseerlaubnis sofort nach Berlin und hat den Kommissar Hemmer nach Magdeburg. Der Berliner Kriminalbeamte hatte vorher die Nummern der Geldscheine sorgfältig notiert und außerdem die Scheine gekennzeichnet. Als er von seinem „Agenten“ Korn den Bericht hörte, schritt er sofort zur Hausdurchsuchung bei Lerner, Wagner und Hünge, und da er die von ihm gezeichneten Geldscheine dort vorfand, verhaftete er die drei Leute. Wagner hatte vorher von Lerner gleichfalls 80 Mark erhalten, den Rest von 120 Mark hatte Lerner zunächst zur Deckung seiner eignen „Ankosten“ einbehalten, gibt aber vor Gericht an, daß er die Absicht gehabt hätte, davon noch einmal „einen für Wagner und Hünge auszugeben“!

Vor Gericht streiten die drei Angeklagten Lerner, Wagner und Hünge nicht ab, Verfehlungen begangen zu haben, betonen aber, daß sie lediglich aus Freundschaft zueinander gehandelt hätten. Gemeinnützige Absicht habe ihnen ferngelegen. Der Angeklagte Mann, der

schon über 30 Jahre Polizeibeamter

ist und sich zu seiner jetzigen Stellung von unter auf empor gearbeitet hat, bestreitet jede Schuld. Er will nicht einmal fahrlässig gehandelt haben und gibt an, daß sowohl die Vorschriften beständen, daß bei Ausstellung eines Passes oder einer Einreiseerlaubnis der Passinhaber vor Augen des Passbeamten den Pass unterschreiben müsse, daß aber die Passvorschriften Ausnahmen gestatten. So habe er auch einmal einen Pass für die Ehefrau des Oberstaatsanwalts Rasmus ausgestellt, ohne daß Frau Rasmus bei der Aushändigung des Passes zugegen war. Die Unterschrift hat Frau Rasmus später geleistet, nicht aber in diesem Falle. So habe er in mehreren Fällen gehandelt und erklärt vor Gericht, daß er dann zu einer hohen Strafe verurteilt werden müßte, wenn diese Amtshandlungen alle als gesetzwidrig aufgefäßt würden. Ein Vorgesetzter des Angeklagten Mann bestätigt als Zeuge, daß diese Ausnahmen polizeilich seien.

Staatsanwaltschaftsrat Rusche hält die Angeklagten Lerner, Hünge und Wagner der Beisehung und der Urkundenfälschung für schuldig und beantragt unter Zustimmung mildernden Umstände gegen Lerner 2 Jahre Gefängnis und 6 Jahre Ehrverlust, gegen Wagner 1 Jahr 6 Monate und gegen Hünge 9 Monate Gefängnis, unter Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf je 3 Jahre. Den Angeklagten Mann beschuldigt er der Fahrlässigkeit und beantragt 200 Mark Geldstrafe. Nach längerer Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil: der Angeklagte Mann wird freigesprochen; Lerner erhält ein Jahr Gefängnis, Wagner und Hünge je neun Monate Gefängnis. Die Unteruchungssache wurde allen Angeklagten angedreht. Hünge und Wagner soll der Rest der Strafe ausgesetzt werden, wenn die anzustellenden Ermittlungen günstig ausfallen. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß es ein Mangel sei, wenn die Möglichkeit bestände, ohne persönliches Erscheinen auf dem Passbureau in den Besitz eines Passes zu kommen. Vor Gericht sei eine solche Auffassung nicht haltbar, da sie aber anderseits polizeilich ist, mußte die Freisprechung des Angeklagten Mann erfolgen.

Die verführerischen Bankhefte.

Der Kaufmann E. hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Unterschlagung zu verantworten. Der Angeklagte war in Magdeburg bei einer Großfirma als Buchhalter angestellt und hatte in Abwesenheit seiner Chefs in 22 Fällen Bankhefte fälschlich mit dem Namen eines Firmeninhabers unterzeichnet und das Geld von der Bank abgehoben. In einem andern Falle hatte er einen Lehrling beauftragt, in Estenal einem Kunden 60 Mark zu überbringen. Da aber der Lehrling den Kunden nicht antraf, kehrte er das Geld pfrisch gemäß an den Angeklagten wieder ab, der aber am nächsten Tage seinem Chef nur 20 Mark zurückgeben konnte. Er will sich jetzt nicht mehr erinnern können, wo die restlichen 40 Mark geblieben sind. Nicht irrt sich folgender Fall: Der Inhaber des Geschäftes hatte durch seine Bank einem Lieferanten 150 Mark überweisen lassen. Als der Angeklagte davon hörte, ließ er durch die Bank das Geld telegraphisch zurückrufen und ordnete an, daß nur 50 Mark an die Firma ausbezahlt würden. Auch über die restlichen 100 Mark konnte der Angeklagte seinem Chef gegenüber keine Rechenschaft ablegen. Auch vor Gericht will er sich absetzen nicht mehr erinnern können, wo das Geld geblieben sei. Da der Angeklagte schon in acht Fällen wegen Betrugs bestraft ist, verurteilt ihn das Gericht diesmal zu sechs Monaten Gefängnis. Die Frage der Strafaussetzung soll erst gepriift werden, wenn der Angeklagte 4 Monate der Strafe verbüßt hat.

Wählen Sie
dann erhalten Sie
Bonbonniere
eine prachtvolle

Wilhelm-Theater.

Sonntag Aufführung „Der Raub der Sabinerinnen“
Am Sonntag den 14. Februar, abends 8 Uhr, wird Herr Intendant Heinrich Sogeler die Rolle des Theaterdirektors Striese spielen.

Marcell Salzer.

Der Vorverkauf für den am Mittwoch den 17. d. M. abends 8 Uhr stattfindenden Vortragabend des Herrn Professor Marcell Salzer hat bereits begonnen.

Kleine Chronik.

Die Kleiderhaken der Filmdiva. Die Berliner Filmhaken... Die Berliner Filmhaken...

Ein der größten Prozesse der Gegenwart beginnt am Montag den 22. Februar in Berlin gegen den Leiter der Erziehungsanstalt Berlin-Lichterfelde, Freiherrn von Löhner.

Vier Kinder im Kies erstickt. Am Dienstag morgen entdeckte ein Arbeiter in einer Kies- und Kiesgrube bei Köpenick vier Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren aus dem Kiesmassen hervor.

Die verhasste Holzplastik. Der Bildhauer Professor Christoph Voll, Lehrer für Plastik an der Kunst- und Kunstgewerbeschule des Saargebietes zu Saarbrücken, hatte einen Saarbriider Holzplastik-Auftrag gegeben, ihm einen Klotz von bestimmter Größe herzustellen und nach bestimmten Angaben zusammenzusetzen.

Dachbrand in einem D-Zug. Auf der Strecke Hanau-Salmünster war das Dach des Speisewagens des Schnellzugs Frankfurt a. M. - Hamburg in Brand geraten.

Vier Landwirte als Brandstifter verhaftet. In den letzten Wochen brannten in der Gemeinde Großmuth bei Löwenberg in der Mark in kurzen Zwischenräumen einige Stallgebäude und mit Erntevorräten gefüllte Scheunen ab.

Süden Englands die schwersten Überschwemmungen herbeigeführt, die man hier seit Jahren gesehen hat. Tausende von Aekern Landes sind überschwemmt.

Drei Opfer eines Eifersuchtsdramas. Der kleine Ort Gelannes bei Romilly-sur-Seine war der Schauplatz einer blutigen Tragödie. Der frühere Bürgermeister des Ortes, Caqueran, geriet mit seiner Geliebten, angeblich aus Eifersucht, in Streit.

Blutbad eines russischen Arbeiters. Eine schwere Blutbad spielte sich in einer Moskauer Klinik ab. Ein Arbeiter namens Kosgatschow, der nevenant in die Klinik gebracht worden war, zog plötzlich einen Revolver und schoß den Moskauer Nervenarzt Dr. Weisel durch das linke Auge in das Gehirn.

Feuergefecht auf der Ostsee. In der Nähe von Memel kam es auf der Ostsee zu einem Feuergefecht zwischen der litauischen Staatspolizei und einem Spritdampfer.

Vom Fürstentum zur Kaschme. Ein tragisches Ende nahm die junge russische Fürstin Nolenka, die in einem Moskauer Borort im Schnee tot aufgefunden wurde.

Bereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Stelle 20 Pfennig, aufgenommen. Arbeiter-Gewerkschaften, Magdeburg, Freitag den 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Hamburg, Berlin, Dresden), date, and water level. Includes sub-sections for 'Haupt- und Nebenflüsse' and 'Havel'.

Wetterbericht.

Von Süden her bringt über den Balkan und die Donauländer warme Luft in Deutschland ein, die in Schichten und Schichten bereits in der Nacht zum Freitag hervorgerufen hat.

Telegraphische Auszahlungen.

Table showing telegraphic remittances for various locations like Amsterdam, London, Berlin, etc., with columns for amount and date.

Beinshäden, alte Wunden heilt die bewährte Col-Apötheke Magdeburg, Breiter Weg 158.

Für Spiel und Geselligkeit. Drucken wir Festordnungen, Einladungs- und Eintrittskarten, Tanzkarten usw. Buchdruckerei W. Fannsch & Co., Magdeburg.

Advertisement for Rahma-buttergleich MARGARINE. Includes the slogan '...aber was?' and a large illustration of a woman.

Ausgangswerte Bekanntmachung der Polizeiverordnung betreffend Wohnungsordnung für die Stadt Schönebeck a. d. Elbe.

II. Wohnungsangelegenheiten. A. Allgemeines. § 1. Alle Wohn- und Schlafräume sowie alle Räume, die Wohnzwecken dienen...

§ 12. Die Aborte müssen sich in gutem baulichem Zustand befinden. Die Eise sind sauber zu halten. Soweit sie mit Wasserpülung versehen sind...

§ 13. Die Höfe sind, soweit sie als Zugänge zu den Wohnungen dienen, in gutem baulichem Zustand zu erhalten. Die Entwässerung muß so beschaffen sein...

§ 14. Die Wohnungen dürfen nicht mißbräuchlich benutzt werden in einer Weise, die durch Gesundheitsgefährdung bedingt ist. § 15. Die Aborte müssen sich in gutem baulichem Zustand befinden...

Nachrichten aus der Provinz.

Landauenthal für Stadtkinder.

Der „Landauenthal für Stadtkinder E. B.“, Reichszentrale für die Entsendung von Kindern zum Erholungsurlaub, hielt im großen Saal des Ministeriums für Volkswirtschaft eine Ausschussung ab. Der Ausschuss, der sich in der Hauptsache aus Vertretern der Länder, der preussischen Provinzen, der kommunalen Spitzenverbände und der Spitzenverbände der privaten Wohlfahrtspflege zusammensetzt, hat nach Entgegennahme des Geschäftsberichtes in einem Austausch der im Kinderhilfsdienst im vergangenen Jahre gemachten Erfahrungen ein. In der Kindererholungsfrage ist eine erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen. Im Jahre 1925 sind rund 300 000 heil- und erholungsbedürftige Kinder in Heime und Einzelplatzstellen auf dem Lande entsandt worden. Der Minister für Volkswirtschaft hat in seiner Begrüßungsansprache darauf hingewiesen, daß nur im Zusammenwirken sämtlicher beteiligten Stellen eine systematische Arbeit geleistet werden könne und daß gerade bei der jetzigen wirtschaftlichen Notlage und der durch sie bedingten Erwerbslosigkeit für viele Gebiete des Deutschen Reiches das Kinderhilfswerk eines der dringendsten Bedürfnisse darstelle.

Kreis Wangleben.

Groß-Otterleben. Elternabend. So voller Menschen sieht man den größten Saal von Otterleben nicht oft, wie am Sonntagabend beim Elternabend der westlichen Schule. Und die Besucher wurden wahrlich nicht enttäuscht. Blotte Märche, gespielt vom Wandolmenklub, eröffneten den Reigen der Vorträge. Die 1. Klasse sang „Mädchenklage“ und der große Schulchor auf besondere Wunsch das „Opferlied“ von Beethoven. Musik, Theater und Solovorträge wechselten in bunter Folge, und man konnte staunen, was in musikalischer Hinsicht von den Kindern geleistet wurde. Besonders erwähnt seien das Lied im Wiedermeierstil und -kostüm, gesungen von einer Schülerin der 1. Klasse, und die „Würgschaft“, mit Klavierbegleitung, dekamiert von einem Jungen der 2. Klasse. Mehrere Male mußte wiederholt werden, und das Ganze war ein voller Erfolg, auch in geldlicher Hinsicht. Den Kindern und Lehrern gebührt der Dank der Elternschaft.

Groß-Otterleben. Der Schweinebesitzerverein Verein Solidarität Klein-Otterleben hielt seine Jahresversammlung bei Schöbe ab. Der Zweck dieser Vereinigung ist der, daß sämtlichen Schweinehaltern Gelegenheit geboten wird, durch gemeinschaftliches Zusammenarbeiten und mit Heranziehung der Hilfe der Versicherungsgesellschaften, und falls doch Tiere eingehen, vor großem wirtschaftlichen Schaden durch Versicherung bewahrt zu sein. Die Schweinehaltung gehört gewissermaßen zum ländlichen Leben, sie hat eine Bedeutung für die Allgemeinheit und ist auch landläufig gesagt, die Sparte des kleinen Mannes. Dieses Sparut haben wird gesichert durch Zusammenschluß der Schweinehalter auf gegenseitiger Unterstützung. Der erste Vorsitzende gab den Geschäftsbericht, der sehr günstig ist. Der Kassier Otto Franke, 2. Vorsitzender Albert Schlee, 1. Kassier Ludwig Hoff, Kassierer August Stegel, Schriftführer Huppert, Vertrauensmann Chr. Hartmann. Der Vermögensbericht für ein verichertes Schwein beträgt 4,50 Mark einschließlich einmaliger Impfung. Für verendete Tiere werden für den Kadaver je Fund 10 Pfennig gezahlt. In der regen Aussprache wurde hervorgehoben, daß die Mitglieder im eigenen Interesse das Anmelden der Tiere nicht solange hinauschieben mögen, sonst können sie Schaden erleiden. Im Verwechslungen zu vermeiden, wird jedes vericherte Schwein fotografiert. Der Vorsitzende machte noch auf gute Futtermittel aufmerksam und forderte zum regen Ausbau der Versicherungsvereinigung auf, denn je größer die Zahl ist, desto mehr kann geleistet werden.

Groß-Otterleben. Wichtige Sitzung. Am Sonntag den 14. Februar, nachmittags 4 Uhr, bei Sonnenschein der Parteifunktionäre und der Bezirksführer. Keiner darf fehlen. Die neue Großmacht. Das erste große Filmwerk auf sportlichem Gebiete hat die 1. Internationale Arbeiterolympiade in Frankfurt a. M. gegeben. Am 2. und 3. März wird der Film in Otterleben in den Janja-Lichtspielen vorgeführt. Karten im Vorverkauf bei allen Vereinen.

Wenddorf-Sohl. Eine große Demonstration veranstaltete am Sonntag das Reichsbanner unter reger Anteilnahme der Bevölkerung gegen die freien Geld- und Landforderungen der ehemaligen deutschen Fürsten. Wirkungsvoll unterstützt wurde die Kundgebung durch die Spielerkorps der zahlreichen erschienenen Magdeburger Abordnungen und der Ortsgruppen im östlichen Teile des Kreises Wangleben. Für den Gauvorstand des Reichsbanners sprach Kamerad Wille (Magdeburg) und für die Sozialdemokratische Partei Genosse Schmäder. Besonders in Sohlen wurde den an den Fronten hordenden Reaktionsären manche bittere Wahrheit gesagt. Die Landarbeiter wurden darauf hingewiesen, sich endlich alle rechtlos wirtschaftlich und politisch zu organisieren.

Gefell. Verein der Freidenker für Feuerbestattung. Mitgliederversammlung am Freitag den 12. Februar, abends 8 Uhr, im Sommerischen Lokal, Mitterstraße. Der Bezirkssekretär Genosse Graul (Magdeburg) ist anwesend. Neben anderen Vereinsangelegenheiten soll die Jugendweiche besprochen werden.

Langenweddingen. Die Versammlung der Arbeitsinvaliden war gut besucht. Genosse Jacobs gab einen Bericht von der Gaukonferenz und besprach besonders die Einführung einer Sterbekasse des Zentralverbandes. Sämtliche Mitglieder erklärten sich durch Abstimmung für diese Sterbekasse; ein großer Teil hat sich schon bei dem Vorstehenden Schritte einzutragen lassen. Die Versammlung verlangte, daß man mit der Einrichtung der Sterbekasse nicht mehr lange warten soll. Die Ortsgruppe hat sich gut entwickelt, sie zählt über 100 Mitglieder. Ein geselliger Abend für die alten Leute findet am Sonntagabend den 20. Februar im „Trepentun“ statt. Hieran müssen sich alle organisierten Arbeiter, Parteigenossen und Reichsbannerleute beteiligen, um die Veranstaltung für die alten Väter und Mütter zu unterstützen.

Unterburg. Kommunistiche Agitationsläge. In Nr. 28 des Kommunistentätens „Tribüne“ glaubt sich der „dumme August“ wieder einmal in empfehlende Erinnerung bringen zu müssen. Eine Sitzung des örtlichen Wohlfahrtsausschusses, in der ein Antrag eines kommunistischen Landarbeiters abgelehnt wurde, hat es ihm angetan und er fällt nun kläffend über den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher her. Wohlweislich wird in dem Bericht des Wohlfahrtsausschusses, in der „Tribüne“ eine Sachmängelung vorgenommen und damit der ganze Inhalt der Begründung auf den Kopf gestellt. Der Berichterstatter, der glaubt, daß hier nach dem „Barnum-Einmaleins“ gerechnet wird, ist im Irrtum; wenn er annimmt, daß er mit seiner Rechenaufgabe den Glauben erweckt, daß er mehr als das kleine Einmaleins beherrscht. Wer als vernünftiger Kritiker hier, wird auch nur als solcher rechnen können. Der Anragsteller Gedts wohnt im Gutsbezirk. Weshalb wendet sich Gedts nicht an den Vertreter des Gutsbezirks, der im Wohlfahrtsausschuss über die im Gutsbezirk wohnenden Landarbeiter und deren Einwohnungsverhältnisse genau Auskunft geben kann. Die Ultra-rechtalen, die vor Jahren die Betriebsvertretung in Händen hatten, sollten sich schämen, daß sie keine besseren Verhältnisse im Gutsbezirk eingeführt haben. Hebrigens, wie wäre es, wenn der Berichterstatter seinem Parteifreund den Rat erteilen würde, einmal wie er selbst, beim Reichspräsidenten einen Antrag auf Unterstützung zu stellen? Vielleicht hat er mehr Glück. Wenn der Berichterstatter nun glaubt, mit seinem Hinweis darauf, daß der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei 170 Mark als Zuschuß

für seine kranke Tochter bekommen hat, irgend etwas gegen unsere Genossen ausrichten zu können, dann ist er schief gewidelt. Es gibt nichts, was wir irgendwie geheimhalten hätten. Und im Dorf wird man auch anders beherbergt über die 170 Mark als der kommunistiche Berichterstatter. Denn es ist wohl ein Unterschied, wenn für ein krankes Familienmitglied, das schon 5 Jahre heftig leidet, die Summe nur für Nahrung und Arzneikosten gegen Rechnung aus der öffentlichen Fürsorge bezahlt wird, als wenn man seiner Frau Kleidung kaufen will. Außerdem hat unser Vorsitzender noch einen arbeitslosen Sohn etwa 1 Jahr ohne jede Unterstützung mit ernähren müssen. Bemerkte sei noch, daß unser Vorsitzender, der Bergarbeiter und als solcher in der Knappschafftskasse Mitglied ist, keine Familienhilfe in Anspruch nehmen kann, die in der Knappschafftskasse nicht existiert. Aber auf Objektivität und Wahrheit kommt es den Kommunisten ja nicht an, sie brauchen immer etwas Gemeinheit für ihre Agitation. Jedes Mittel ist den Kommunisten recht, Sozialdemokraten zu verleunden und in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Und diese Gesellschaft gebärt sich so, als ob sie die Einheitsfront der Arbeiterschaft will.

Stadtkreis Burg.

Zununsten der Arbeiterkamerader findet am Sonntag nachmittags auf dem Kolonnenplatz ein Fußballspiel statt. Im Interesse der guten Sache der Arbeiter-Samariterkolonne ist ein starker Besuch zu wünschen.

Die Sänger müssen heute (Mittwoch) alle pünktlich zur Reheungsstunde erscheinen. Bei dieser Gelegenheit wollen wir erwähnen, daß jangeschultige Genossen und Genossinnen jederzeit im Verein Aufnahme finden. Nach des Tages Rast und Mühe ist eine Singstunde des Abends einmal die Woche eine Erholung. Resonanz werden in der Singstunde Mittwoch abend im Anzeiger entgegenkommen.

Naturheilverein. In der gut besuchten Monatsversammlung hielt der Naturheilkundige B. A. L. (Magdeburg) einen Vortrag über „Schlaflosigkeit, schweres Einschlafen, unruhiges Schlafen und deren Heilung“. Der Redner gab ein anschauliches Bild, mit welchen einfachen Mitteln diese nervösen Erscheinungen beseitigt oder stark vermindert werden können. Dem Redner wurde reicher Beifall gezollt. Am 4. März findet im Vereinshaus ein Vortrag der Diplomlehrerin Fräulein Lisa Mar statt über „Lebenserneuerung mit praktischen Atemübungen“. Ein weiterer Vortrag ist am 16. März. Der Schirmherr spricht über „Derz- und Nervenkraft“. Es wurde noch beschlossen, daß erwerbslose Mitglieder beitragsfrei sind und nur für den „Naturarzt“ 20 Pf. pro Monat zu zahlen haben. Meldungen sind beim Kassierer zu machen.

Die Wohlfahrtsbriefmarken der Deutschen Nothilfe sind in den letzten Wochen durch den stark gesteigerten Briefverkehr bei den Postämtern wie bei den Wohlfahrtsorganisationen zahlreich angefordert worden. Da den örtlichen Vertriebsstellen im allgemeinen 60 Prozent des Wohlfahrtsaufschlags zur eignen Verwendung verbleiben, haben sie aus dem seit dem 15. Dezember laufenden Vertrieb bereits vielfach einige Mittel an der Hand, um in einzelnen Fällen dringender Not zu helfen. Mittel, die mit der fortlaufenden Steigerung des Verkaufs ständig wachsen. Die verbleibenden 40 Prozent des Wohlfahrtsaufschlags gehen zunächst an die Zentralstellen, um dann zusammen mit dem durch den Postverkauf erzielten Erlös durch den Reichsarbeitsausschuss bzw. den preussischen Landesauschuss der Deutschen Nothilfe in die einzelnen Gebiete besonders schwerer Notlage zurückzuführen. Die Not des Winters verstärkt sich allmählich mehr und mehr, dazu kommt für große Gebiete die Heimkehr durch das Hochwasser. Um so notwendiger ist es, die in den Wohlfahrtsbriefmarken vorhandenen Werte für die ergänzende Fürsorge der Wohlfahrtsstellen lebendig zu machen. Jedem sei es selbstverständliche Pflicht, zum Fränkieren seiner Post nur Wohlfahrtsbriefmarken der Deutschen Nothilfe zu verwenden. Der Vertrieb der Marken ist mit dem 15. Januar 1926 bei den Postanstalten eingestellt. In der Stadt Burg sind die Wohlfahrtsbriefmarken im Stadtbüro des städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes, Markt 28 sowie in allen Buch- und Papierhandlungen erhältlich.

Allgemeine Krankenkasse. Mitgliederbestand am 6. Februar 5561 männliche, 5170 weibliche, zusammen 10 731; arbeitsunfähige Kranke 248 männliche, 225 weibliche, zusammen 473 oder 4,41 Prozent der Gesamtmitgliederzahl.

Kreis Calbe.

Abendorf. Krieg dem Kriege! Am Freitag den 12. Februar, abends 8 Uhr, findet im Friederichs Lokal ein Lichtbildvortrag mit dem Thema „Krieg dem Kriege“ statt. Vortragender ist Kamerad Pape vom Reichsbanner. Alle Einwohner Abendorfs sind eingeladen.

Biere. Parteiversammlung. Die Genossen beteiligten sich in der Versammlung in errier Linie mit der Frage der Fürstentumabgabe. Mit den Vorarbeiten zum Volksbegehren soll sofort begonnen werden. Der Aufforderung der Partei, die Sammelstellen in Umland zu setzen, sind die Genossen bereits nachgekommen, um der Parteiführung eine ordnungsgemäße Durchführung des Kampfes zu ermöglichen. Das wertvolle Volk hat das größte Interesse daran, daß der Volksentscheid gegen die Fürsten ausfällt, denn andernfalls würde es ja die ganzen Forderungen bezahlen müssen. Jeder einzelne ist dafür verantwortlich, ob den Fürsten Milliardenwerte hinterher geworfen werden oder nicht. Als Auftakt zu dem Volksbegehren findet am Sonntag den 14. Februar, mittags 11½ Uhr, ein Demonstrationenstranzug statt, an dem die gesamte arbeitende Bevölkerung von Biere teilnehmen muß. Sammeln um 11 Uhr bei der „Reichshalle“. Demonstrationenversammlung unter freiem Himmel, bei schlechtem Wetter in der „Reichshalle“. Als Redner ist Genosse Pape (Magdeburg) gewonnen. Für Aufführung und Agitation müssen sich alle Parteigenossen zur Verfügung stellen.

Calbe. In der Generalversammlung des Volksvereins hielt Genosse Strobel einen Vortrag über die innerpolitische Lage. Bei der Vorstandswahl wurden wieder: h. v. n. gewählt: Karl Kölling, 1. Vorsitzender, Georg Wanjach, 2. Vorsitzender, Alfred Prüfer, Kassierer, Karl Schwarz, Schriftführer, Reichs Genosse Strobel, Reichsleiter Karl Richter und Hermann Kühn. In den erweiterten Vorstand wurden gewählt die Genossen Kay Wehling, Köster, Kuhne sowie die Genossinnen Gorges und Müller. Genosse Kübert gab Bericht von den bisherigen Arbeiten des Bildungsausschusses und forderte zu reger Propaganda für den 1. Unterhaltungsabend am 21. Februar auf. Dann fand noch eine lebhafte Aussprache statt, an der sich die Genossen Karl Franz, Strobel, Deitz, Kohl und Richter beteiligten. Die nächste Versammlung findet am Montag den 8. März bei Heinz statt. — Polizeibericht. Der Handelsmann W. wurde wegen dringenden Verdachts, mit seinen Stiefköchtern Mutschände getrieben zu haben, verhaftet. — Freitag. Die Mitglieder des neugegründeten Kreisrats versammelten sich am Sonntagabend im Stadtbüro der Stadtkommunikationsverwaltung zu ihrer ersten öffentlichen Sitzung.

Giedendorf. Die republikanische Jugend veranstaltete einen Lichtbildvortrag, der sehr gut besucht war. Vortragender lauschten die Anwesenden den Worten des Kameraden Pape. In ausgezeichneter Zusammenstellung wurde der Krieg so gezeigt, wie er in Wirklichkeit war und vor allem auch wie es mit dem „Herben als ein tapferer Held“ aussieht. Sehr gut wäre es gewesen, wenn Kriegsteilnehmer wie Major Giesecke, Gutschlocher Koh und der Jungde sich hätten von einem wirklichen Frontsoldaten durch Wort und Bild den Krieg zeigen lassen. Vielleicht wäre ihnen ein Seifenjeder aufgegangen, daß draußen bidere Luft war als im Gefangenlager oder auf dem Gütshof. Besonders Eindruck machten die Bilder von Kriegsheiligherren, wie sie sich durchs Leben schlagen müssen, weil die Rente zu gering ist und wie furchtbar verunstaltet viele als Opfer des „Stahlbades“

leben müssen. Besonders an die Frauen und die zahlreich vorhandene Jugend richtete Pape einen warmen Appell, für Völkerverständigung und Frieden unablässig zu wirken. Daß der Gedanke der internationalen Verständigung marschiert, zeigte er an einigen Bildern von der Frankfurter Arbeiter-Olympiade. Gemeindevorsteherung am Freitag abend im Stadtbüro werden gehalten, als Zuhörer zu erscheinen.

Schönebeck. Die Auszahlung der Minderrentenunterstützung für Februar erfolgt am Freitag den 12. Februar, nachmittags von 1 bis 2 Uhr, im Stadthaus. Die Arbeiterjungen veranstaltet am Sonntagabend bei Klübe, „Burgschente“, einen bunten Abend. Nicht der Parteigenossen ist es, diese Veranstaltung der Arbeiterjugend zu unterstützen. — Der Wohlfahrtsausschuss sagte am Montag, um dem Beschluß der Stadtkommunikationsverwaltung zu tragen, für alle Hilfsbedürftigen der Stadt eine Notstandsaktion vorzunehmen. Die Sozial- und Kleinrentner sollen 3 Zentner Kohlen erhalten und für ein weiteres Familienmitglied 3 Mark in bar. Für ausgesteuerte Erwerbslose und alle anderen Bedürftigen werden weiter Kohlenjehne ausgegeben und die Mietzuschüsse auf Februar und März ausgedehnt. Es erhält außerdem jeder gemeldete Erwerbslose für Februar und März pro Kopf und Monat ein Brot, so daß die von den Stadtbürobedienten bewilligte Summe damit aufgebraucht wird. Auch die Ledigen sollen dabei berücksichtigt werden. Die Konfirmationsbeihilfen werden wie in jedem Jahre gegeben. Anmeldungen müssen im Zimmer 8 (Unterstützungsamt) erfolgen. — Der Unterhaltungsabend der Arbeiterwohlfahrt hat das Zusammengehörigkeitsgefühl wieder gefördert. Fast alle Helfer und Helferinnen hatten sich zusammengefunden. Wir hoffen, daß diese Veranstaltung wiederum dazu beigetragen hat, weitere Genossinnen der Arbeiterwohlfahrt zuzuführen, um mit verstärkten Kräften noch mehr als bisher zu erreichen.

Stadtkreis Wetzlarleben.

Beim städtischen Krankenhaus nahm im letzten Jahr die Zahl der Verpflegten um rund 2000 auf 33 932 zu. Das ist durchschnittlich ein täglicher Bestand von rund 9.000 Kranken. Männliche Kranke wurden 849 in 16 389 Verpflegtagen, weibliche 848 in 17 543 Verpflegtagen behandelt. Es wurde also durchschnittlich ein männlicher Kranker 19, eine weibliche Kranke 20 Tage verpflegt. Damit wird die alte Beobachtung bestätigt, daß Männer öfter, aber nicht so lange wie Frauen krank sind. Das Krankenhaus hat einschließlich der Isolierstation 150 Betten. Es waren demzufolge nur immer etwa zwei Drittel der vorhandenen Betten belegt. Die Zahl der Verze beträgt 3, an Pflegepersonal sind zwei männliche und 16 weibliche Personen vorhanden. Es wird auch genaue Statistik geführt über die Arten der Krankheiten. Mit Infektions- und parasitären Krankheiten waren 102 der aufgenommenen Kranken befallen. Unter diesen weisen besonders die Geschlechtskranken eine hohe Ziffer auf. Sogenannte allgemeine Krankheiten (Weichsucht usw.) wurden bei 107 der Kranken festgestellt. Am zahlreichsten waren die „örtlichen Krankheiten“ mit 1179 Fällen. Es seien hieraus erwähnt: 114 Winddarmentzündungen, die sämtlich operiert wurden, 119 Leistenbrüche, 36 Fälle von Kräbe, 166 Verletzungen, darunter namentlich Knochenbrüche, 60 Weient- und Muskelerkrankungen, 25 Fälle von Magen- und Darmgeschwüren, 10 Fälle von Geisteskrankheiten, 5 Fälle von Gehirnchlag. Normale Entbindungen wurden 22 vorgenommen. Im Verhältnis zu der großen Zahl der Aufgenommenen ist die Zahl der im Krankenhaus Verstorbenen eine geringe. Den größten Anteil hatten hier die Lungentuberkulosen.

Die Deutschnationalen hielten eine Versammlung ab. Nach dem vorgelegten Bericht wollen sie „500 eingeschriebene Mitglieder“ haben. Da hat sich nach unserer Kenntnis der Dinge ein „kleiner Irrtum“ eingeschlichen. Entweder ist eine Null zuviel oder es muß statt eingeschriebene „abgeschriebene“ Mitglieder heißen. Der Kreisleiter, Oberst Varnenwarper, hielt einen Vortrag. Nach ihm muß dem Eintritt in den Völkerverbund die „schärfste Opposition“ bereitet werden. Grundlegend für die allgemeine Gesundheit ist die Wiedereinrichtung der Landwirtschaft (also sei Vertreibung des Brotes unbedingt erforderlich), ferner weitgehende Sparbarkeit. Die ehemaligen Offiziere werden auf ihre hohen Pensionen verzichtet, die Agrarier werden keine großen Vergünstigungen und Landbündnisse mehr veranstalten usw.) Einen sehr schönen Satz sagte der Redner: „Jeder Deutsche hat ein Recht auf Arbeit.“ Deshalb wetteifern die Herren Agrarier darin, möglichst viele ausländische Wanderarbeiter genehmigt zu erhalten.

Eine Ackerverpachtung wurde wieder durch die Stadt vorgenommen. Auf die entsprechende Bekanntmachung des Magistrats hatten sich etwa 120 Nachfrüger eingedungen. Zur Abgabe von Pachgeboten konnten sich indessen nur etwa 30 aufschreiben. Zur Verpachtung kamen Ackerpläne im „Reißfeld“ (Ermesleber Chaußee), im Wilsdöber Feld, an der Proßer Straße und rechts und links der Eisenbahn nach Proße. In sieben Abschnitten wurden etwa 35 Morgen verpachtet. Da es sich um guten Boden handelt, waren die erzielten Preise höhere als sonst. Sie bewegten sich zwischen 48 und 84 Mark je 25 Ar, also rund einen Morgen. In der Vorkriegszeit wurden für diese Pläne 30 bis 45 Mark je 25 Ar bezahlt. Es ist also eine erhebliche Vertierung eingetreten.

Stadtkreis Stendal.

Aus dem Stadtparlament.

Es kam eine Reihe Einladungen und Anträge zur Verlesung. H. a. wünscht die Arbeiter-Samariterkolonne eine Geldunterstützung. Der Antrag wird dem Magistrat überwiesen. Ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion fordert für Hilfsbedürftige Kinder, die zu Opfern die Schule verlassen, eine entsprechende Unterstützung. Eine Anzahl Rechnungen für 1924 wird genehmigt. Die Markttandsgelder werden neu wie folgt festgesetzt: ein Pferd 1.— Mark, ein Rind 50 Pf., ein Schwein 30 Pf., ein Ferkel 10 Pf., 1 Quadratmeter Auhung kostet 20 Pf. usw. Die Standgelber sind verdoppelt und passen sich denen von Seehausen an. In die Armendeputation wird u. a. Genosse Henniges gewählt. Für die Schabemachenträge werden drei Bogenlampen bewilligt.

Der Bewahrungsplan der Kriegserfindung wird in die zweite Lesung verweisen, weil der Straßenzug kein schönes Bild bietet. Oberbürgermeister Dr. Schöbe erklärt: grundsätzlich liege sich an dem Bewahrungsplan nichts ändern, da das Land nicht der Stadt gehöre. Für das Verforungsheim werden 2050 Mark nachbewilligt. Die Weihnachtunterstützungen haben insgesamt 3965 Mark betragen, die einstimmig bewilligt werden. Genehmigt werden die Rechnungen des Anzeigers, der Friedhofverwaltung.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Schlittschuhlaufen. Der älteste Wintersport, wurde schon im grauen Vorzeiten geübt. Damals wußte nicht als Sport in unserm Sinne, sondern nur aus dem Bedürfnis heraus, sich auf den glatten Eisflächen „schnell und sicher“ fortzubewegen. Jedenfalls, daß man bei Ausgrabungen in Späldauerhöhlen der älteren Steinzeitperiode Schlittschuhe gefunden, welche aus geschliffenen Hirschhunden hergestellt waren. Wie bei jedem Sport im Freien, besonders im Winter, werden beim Eislauf Kräfte verbraucht, die ersetzt werden müssen. Die kalte, reine Luft, die Bewegung regen den Stoffwechsel an, der Magen melde sich und will befriedigt werden. Wissen Sie, daß eine Scheibe Brot mit „Wahband-Margarine“ alle für den Aufbau des Körpers notwendigen Nährstoffe enthält? Die „Wahband-Margarine“ ist guter Buttergleichwert, nur ist sie viel, viel billiger. Ungläubig Hausfrauen machen sich diesen Vorteil zunutze und verwenden „Wahband-Margarine“.

ber Kaufmännischen Berufsschule, des Wohlfahrtsamts, der Verwaltung der städtischen Häuser.

In der letzten Stadtorordneten-Sitzung haben unsere Genossen folgenden Antrag eingebracht, der heute zur Beratung steht:

Die Stadtorordneten-Verammlung möge beschließen: Die Stadtorordneten-Verammlung erachtet es für notwendig, die Geschäftsordnung der Stadtorordneten-Verammlung abzuändern und zu verbessern und wählt zur Uebernahme der Vorarbeiten eine Kommission aus sechs Mitgliedern.

Der Antrag wurde angenommen und eine zwölfköpfige Kommission gewählt. Von unserer Fraktion die Genossen Meier, Treumann, Trumpf und Müller. Ein weiterer Antrag unserer Fraktion besagt:

Zur laufenden Information über allgemeine kommunalpolitische Fragen benötigen die Stadtorordneten eine oder einige periodisch erscheinende Zeitschriften. Die Stadtorordneten-Verammlung wünscht, daß die in Frage kommenden Zeitschriften auf Kosten der Stadt angeschafft und den Stadtorordneten zur Verfügung gestellt werden.

Nachdem Genosse Müller den Antrag noch begründet hatte, fand er einstimmige Annahme. Der Haushaltsplan des Arbeitsamtes 1926 schließt ab in Einnahme mit 191 000 Mark, in Ausgabe mit 216 000 Mark. Genosse Treumann meint, daß die 191 000 Mark in diesem Jahre nicht ausreichen werden.

Der Kommunalantrag der Altmark, ein Gebäude, das man verpachten hat, 1918 zu freiden, steht auf Anordnung des Oberpräsidenten vor seiner Aufhebung.

Zur häusliche Einrichtung der achten Schulklasse in Höhe wurden 1300 Mark bewilligt. Damit hat Höhe das bekommen, was die Sozialdemokraten schon mehrere Jahre gefordert haben.

Zur häusliche Einrichtung der achten Schulklasse in Höhe wurden 1300 Mark bewilligt. Damit hat Höhe das bekommen, was die Sozialdemokraten schon mehrere Jahre gefordert haben.

Wohlfahrtsamt. Im Montag waren angemeldet 50 Pferde und 165 Pferde. Preise der Ferkel: 4 bis 6 Wochen alte 24 bis 30 Mark, 6 bis 8 Wochen alte 30 bis 36 Mark, Fülle 36 bis 40 Mark pro Stück.

Arbeiterportalkell. Sonnabend den 13. Februar, abends 9 Uhr, im „Odeon“ Sitzung. Alle Delegierten müssen kommen.

Metallarbeiterverband Schönebeck. Freitag den 12. Februar, abends 8 Uhr, im großen „Stadtparlament“ Generalversammlung. Reichstagsabgeordneter Diemann.

Kreis Stendal. Werberveranstaltungen. Grieben. Sonntag den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei Klingebell.

Wittkau. Sonntag den 14. Februar, abends 7 Uhr, bei Herms.

In beiden Versammlungen sprechen Reichstagsabgeordnete Genosin Arning (Magdeburg) und Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) über die politische Lage und über die Fürstentümern.

Altmark. Die nationalen Arbeiter. Bei dem Knopfaberstreik im Frühjahr 1924 fanden sich bedauerlicherweise einige Arbeiter, die auf Lebensstellung hofften und ihren Kollegen in den Rücken fielen.

Verlaufs- und Tendenz: Rinder langsam, sonst mittelmäßig, Ueberstand: - Rinder, - Rälber, - Schafe, - Symmeine.

Die Preise sind Marktlücke für nichtern gemogene Tiere und schließen sämtliche Speien des Handels ab.

Magdeburger Produkten-Börse vom 9. Februar. Die Preise verhalten sich in Reichsmark.

Magdeburger Zuckerbörse vom 9. Februar. Der Preis für Zucker (einschl. Sach und Verbrauchssteuer) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Verladeestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 300 Zentnern bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen 26,75.

Berliner Produkten-Börse vom 9. Februar. Notiert an der Wiltgatsbörse ab Station: Weizen, märz. 244-248, medlenburg. 188-190.

Salzwedel. Der Sparfahneinbrecher Potanzke hat auf dem Transport nach Salzwedel einen Fluchtversuch gemacht.

Salzwedel. Werberveranstaltung der Volkshühne am Donnerstag im „Odeon“.

Schwarze. In öffentlicher Versammlung sprach am Sonntag Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) über die politische Lage und die Notwendigkeit des politischen Zusammenschlusses der werktätigen Bevölkerung in der Sozialdemokratischen Partei.

Landes, Gewerliche Gesellschaften (Stendal), teilweise bestehend die landwirtschaftlichen Verhältnisse und das Vorgehen der landwirtschaftlichen Unternehmer gegen die Tätigkeit des Landarbeiterverbandes für Verbesserung der Landarbeiter und bezürtelte scharf das unberantwortliche Verhalten der Nichtorganisierten.

Wahrburg. In der Parteigeneralversammlung am kommenden Sonnabend, abends 8 Uhr, bei Herms hält unser Sekretär Genosse Müller (Stendal) einen zeitgemäßen Vortrag.

Groß-Mühlungen. Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung beruinstaltet am Sonnabend den 13. Februar, abends 8 Uhr, in der Schenke einen öffentlichen Werbevortrag.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Kreis Krahelndelben. Die Abteilungsversammlung für die Abteilung Eilsleben findet am Sonntag den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Marienborn im Gasthof am Bahnhofsplatz.

Warenmärkte. Magdeburger Viehmarkt. Magdeburg, 9. Februar. Auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof wurden aufgetrieben: 654 Rinder, und zwar 75 Ochsen, 107 Bullen, 472 Kühe und Kälber, 44 Ferkel, 444 Schafweide usw., 3013 Schweine.

1. Rinder. A. Ochsen. a) vollstehige, ausgewässerte höchsten Schlachtwerte, die noch nicht gezeugt haben (ungekälbt) 42-49

2. Rälber. a) Doppellender feinsten Ralt. 55-60 b) feinste Mastfäher 44-54 c) mittlere Mast- und beste Saugfäher 44-54

3. Schafe. A. Stalkasthafe. a) Mastlämmer und jüngere Mastlämmer 42-47 b) ältere Mastlämmer, geringe Mastlämmer u. gut genährte junge Schafe 35-41

4. Schweine. a) Fetttschweine über 150 kg (8 Zentner) Lebendgewicht 70-82 b) vollstehige von 120 bis 150 kg (240 bis 300 Pfd.) Lebendgewicht 78-80

Verlaufs- und Tendenz: Rinder langsam, sonst mittelmäßig, Ueberstand: - Rinder, - Rälber, - Schafe, - Symmeine.

Die Preise sind Marktlücke für nichtern gemogene Tiere und schließen sämtliche Speien des Handels ab.

Magdeburger Zuckerbörse vom 9. Februar. Der Preis für Zucker (einschl. Sach und Verbrauchssteuer) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Verladeestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 300 Zentnern bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen 26,75.

Berliner Produkten-Börse vom 9. Februar. Notiert an der Wiltgatsbörse ab Station: Weizen, märz. 244-248, medlenburg. 188-190.

Salzwedel. Der Sparfahneinbrecher Potanzke hat auf dem Transport nach Salzwedel einen Fluchtversuch gemacht.

Salzwedel. Werberveranstaltung der Volkshühne am Donnerstag im „Odeon“.

Schwarze. In öffentlicher Versammlung sprach am Sonntag Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) über die politische Lage und die Notwendigkeit des politischen Zusammenschlusses der werktätigen Bevölkerung in der Sozialdemokratischen Partei.

Salzwedel. Der Sparfahneinbrecher Potanzke hat auf dem Transport nach Salzwedel einen Fluchtversuch gemacht.

Salzwedel. Werberveranstaltung der Volkshühne am Donnerstag im „Odeon“.

Schwarze. In öffentlicher Versammlung sprach am Sonntag Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) über die politische Lage und die Notwendigkeit des politischen Zusammenschlusses der werktätigen Bevölkerung in der Sozialdemokratischen Partei.

Salzwedel. Der Sparfahneinbrecher Potanzke hat auf dem Transport nach Salzwedel einen Fluchtversuch gemacht.

Salzwedel. Werberveranstaltung der Volkshühne am Donnerstag im „Odeon“.

Schwarze. In öffentlicher Versammlung sprach am Sonntag Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) über die politische Lage und die Notwendigkeit des politischen Zusammenschlusses der werktätigen Bevölkerung in der Sozialdemokratischen Partei.

Salzwedel. Der Sparfahneinbrecher Potanzke hat auf dem Transport nach Salzwedel einen Fluchtversuch gemacht.

Salzwedel. Werberveranstaltung der Volkshühne am Donnerstag im „Odeon“.

Schwarze. In öffentlicher Versammlung sprach am Sonntag Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) über die politische Lage und die Notwendigkeit des politischen Zusammenschlusses der werktätigen Bevölkerung in der Sozialdemokratischen Partei.

Grundlos erschossen! Die Marine-Suizidmorde von 1917 Admirals-Rebellion von 1918 Buchhandlung Volksstimme Magdeburg, Große Künzstraße Nr. 2.

Fahrräder in allen Preislagen. B. Titsch Magdeburg-Salzwedel, Halberstädter Straße 129a. Barby. Schreie jeder Tageszeit.

Keine Speise ohne Blauband. FRISCH GEKIRNT. Fordern Sie die „Blauband-Woche“ zu jedem Pfund.